

Ansätze zur Steigerung politischer Partizipation von Menschen mit Einwanderungsgeschichte in Deutschland

Erkenntnisse aus dem Projekt BePart 2019-2022

(Untersuchungszeitraum von Oktober 2019 – Mai 2021)

Andreas M. Wüst und Elisa Deiss-Helbig

Einleitung

Ein erheblicher und zunehmender Teil der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland hat eine Einwanderungsgeschichte¹. Die Anerkennung, dass hinter dieser Entwicklung Einwanderungsprozesse stehen und damit Fragen der Integration in den Fokus rücken, erfolgte in der Migrations- und Integrationsforschung schon vor vielen Jahrzehnten, während politische Akteure diese Tatsache nur langsam akzeptierten und schrittweise begannen, Integrationspolitik zu gestalten (Meier-Braun 2002; Nationaler Aktionsplan Integration 2011). Sukzessive erhöhte sich in den letzten beiden Jahrzehnten auch das Interesse und der Stellenwert sozio-politischer Partizipation und Repräsentation für Integrationsforschung und -politik (SVR 2020).

Die sozialwissenschaftliche Forschung hat bei Analysen politischer und sozialer Beteiligung neben Alters-, Bildungs- und Einkommensunterschieden auch Unterschiede im Zusammenhang mit der familiären Einwanderungsgeschichte festgestellt (Schäfer 2015; Simonson et al. 2016; Müssig 2020). So zeigt eine Vielzahl an wissenschaftlichen Studien, dass der Beteiligungsgrad in gesellschaftlichen Organisationen von Personen mit Einwanderungsgeschichte niedriger ist als bei solchen ohne Einwanderungsgeschichte (Berger et al. 2004; Halm 2011) und dass erstere auch seltener wählen gehen (Wüst 2002, 2011; Müssig 2020; Spies et al. 2020; Mayer et al. 2020; SVR 2021) – wobei es bei beiden

¹ Vor allem aufgrund zunehmender Kritik am Gebrauch des Begriffs „Migrationshintergrund“ wird hier durchgängig der bisher nicht definierte Begriff „Einwanderungsgeschichte“ verwendet (Fachkommission 2020: 218-227). Beide Begriffe werden als Synonyme begriffen.

Beteiligungsarten durchaus Unterschiede nach Einwanderungsgeneration, Staatsbürgerschaftsstatus oder Art der Beteiligung gibt. Diese Beobachtung setzt sich fort auf der Ebene der politischen Repräsentation. Auf allen politischen Ebenen bestehen hier Repräsentationslücken von Menschen mit Einwanderungsgeschichte (Wüst 2014; Deiss-Helbig 2021; SVR 2021: 48-55).

Die Tatsache, dass sich bestimmte Bevölkerungsgruppen in geringerem Maße beteiligen als andere, ist in mehrfacher Hinsicht ein Problem. Neben der Frage der Chancengerechtigkeit (Rawls 1979) werden in der Forschung insbesondere zwei Aspekte thematisiert: Erstens besteht bei Beteiligungsdefiziten die Gefahr, dass bestimmte Interessen kaum oder gar nicht mehr berücksichtigt werden (Peters & Ensik 2015) und damit politische Gleichheit als einer der Grundpfeiler der Demokratie geschwächt wird (Dahl 1998; Phillips 1995). Zweitens können ungleiche politische Beteiligungsraten mittel- bis langfristig Konsequenzen für die Präsenz einiger Gruppen in der parlamentarischen Demokratie haben. Nur wenn die unterschiedlichen Interessen und Vorstellungen in Parlamenten artikuliert und zumindest potenziell Eingang in die Gesetzgebung finden können, bleibt das Vertrauen dieser Gruppen in das politische System erhalten (Gay 2002; Blätte & Wüst 2017).

Die Gründe für eine geringere gesellschaftliche Beteiligung werden vor allem anhand dreier Teilaspekte (*Civic Voluntarism Model*, Brady et al. 1995; Verba et al. 1995; Schlozman et al 2013) dargestellt: Menschen beteiligen sich nicht, weil sie aufgrund ihrer Ressourcenausstattung (Zeit, Geld, „civic skills“) „nicht können“, weil sie aufgrund fehlender Motivation (politisches Interesse, Wahrnehmung politischer Selbstwirksamkeit, interpersonale Kommunikation) „nicht wollen“ oder weil sie „keiner gefragt hat“ (Wüst & Faas 2018). Mit Blick auf Menschen mit Einwanderungsgeschichte weist die Forschung stets auch auf migrationsspezifische Faktoren wie Aufenthaltsdauer oder die deutsche Staatsbürgerschaft hin, die sich auf die Wahrscheinlichkeit, sich sozial zu beteiligen, auswirken (Glatzer & Krätschmer-Hahn 2004; Schlesinger et al. 2020; Vogel et al. 2016). Durch die Beteiligung in Vereinen oder anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen können Kompetenzen, Werte und Normen vermittelt werden, die dann in Form von immateriellen Ressourcen auf politische Beteiligung wirken (Roßteutscher 2009) und deswegen, ganz im Sinne von Tocqueville, als „Schule der Demokratie“ betrachtet werden können (van Deth

2001). Auch die Übernahme politischer Mandate baut häufig auf Erfahrungen in anderen gesellschaftlichen Bereichen auf (Herzog 1975; Norris 1997; Schmitz & Wüst 2011: 828). Zudem können Vereine und Gruppen als Orte dienen, aus denen soziale Netzwerke entstehen, die wiederum eine Art Rekrutierungspool für politische Beteiligung und Repräsentation sein können (Roßteutscher 2009). Eine Steigerung der politischen Teilhabe von Menschen mit Einwanderungsgeschichte kann sich folglich aus einer verstärkten sozialen Beteiligung speisen. An diese Überlegungen knüpfen Projekte an, die zum Ziel haben, auf verschiedene Weise die Teilhabe von Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte in Demokratie und Gesellschaft zu erhöhen. Das Modellprojekt „BePart – Teilhabe beginnt vor Ort!“ zielt auf die Förderung der Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte an Demokratie und Gesellschaft ab. Im Rahmen des Projekts konnten im Untersuchungszeitraum von Oktober 2019 bis Mai 2021 in zehn Modellkommunen 65 Projekte mit unterschiedlichen Zielgruppen und Konzepten ermöglicht oder unterstützt werden. Das Projekt wurde von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sowie der Bundeszentrale für politische Bildung zwischen Juni 2019 und Juni 2022 gefördert, von Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung koordiniert und von den Autor*innen dieses Working Papers wissenschaftlich begleitet.

Das vorliegende Working Paper dokumentiert die zentralen Befunde der wissenschaftlichen Begleitung. Es gibt einen Überblick der Ansätze, Instrumente und Ergebnisse diverser Versuche, die Partizipation von Menschen mit Einwanderungsgeschichte zu erhöhen. Besonderes Augenmerk liegt auf Ansätzen, die sich als besonders erfolgversprechend erwiesen haben und in zukünftigen Projekten Anwendung finden könnten. Hierfür greifen wir auf vielfältige (Daten-)Quellen zurück: Auf einer projektübergreifenden Ebene soll mithilfe amtlicher Daten, Abfragen der politischen Akteure vor Ort, von Befragungen der kommunalen Integrationsbeauftragten und der Projektverantwortlichen vor Ort zunächst der spezifische kommunale Kontext dargestellt werden, in dessen Rahmen die untersuchten Projekte durchgeführt wurden. Des Weiteren wurden verschiedene Daten zu den Projektaktivitäten in den zehn Modellkommunen erhoben (standardisierte Befragungen der Teilnehmer*innen, Befragungen der Projektverantwortlichen vor Ort) und durch teilnehmende Beobachtungen einzelner Veranstaltungen ergänzt. Die Auswertung dieser

Daten bildet die Grundlage für die Evaluierung der Projektaktivitäten und den abschließend dargestellten Empfehlungen.

1. Kontext: Merkmale der BePart Kommunen und Erhebungsergebnisse

1.1 Merkmale der BePart-Kommunen

Die ausgewählten Kommunen (für das Land Berlin auch Bezirke, in denen viele Projektaktivitäten stattfanden) werden zunächst nach Größe, regionaler Verortung und migrationsspezifischen Merkmalen klassifiziert (Tabelle 1).

Tabelle 1: Merkmale der Kommunen

<i>Kommune</i>	<i>Größe</i>	<i>Region</i>	<i>Hauptmigrationstypen*</i>
Augsburg (AGS)	kl. Großstadt	Süd	Gastarbeiter/Osteuropa
Land Berlin (BE)	Metropole (M)	Ost	divers**
Berlin-Neukölln (BE-NK)	Teil einer M	Ost	Gastarbeiter/Osteuropa
Berlin-Mitte (BE-MI)	Teil einer M	Ost	Gastarbeiter/Osteuropa
Burgenlandkreis (BLK)	Landkreis	Mitte	Osteuropa/Geflüchtete
Erfurt (EFT)	kl. Großstadt	Mitte	Osteuropa/Geflüchtete
Essen (ES)	gr. Großstadt	West	Gastarbeiter/Geflüchtete
Frankfurt a. M. (FFM)	gr. Großstadt	West	Gastarbeiter/divers**
Leipzig (LPZ)	gr. Großstadt	Ost	Osteuropa/Geflüchtete
Neumünster (NMS)	gr. Mittelstadt	Nord	Osteuropa/Gastarbeiter
LK Osnabrück (LK-OSN)	Landkreis	West	Osteuropa
Tübingen (TÜB)	gr. Mittelstadt	Süd	Gastarbeiter

* Diese Klassifikation erfolgte auf der Basis der Hauptherkunftsländer (HKL) der Bevölkerung mit MH (sowie für Länder ohne aktuelle Daten zum MH auch auf Basis der ausländischen Bevölkerung), um die Hauptgruppen mit Migrationsregimen (Arbeitsaufnahme, ethnische Gründe, Flucht) in Verbindung bringen zu können. Hierfür wurden die Kategorien klassische Gastarbeiterländer (insbes. Türkei, Italien, Spanien, Griechenland und Jugoslawien), osteuropäische Länder (insbesondere der EU-Osterweiterung 2004 sowie Bulgarien und Rumänien), HKL von Geflüchteten (insbes. Länder des Mittleren Ostens, Afghanistan, Vietnam) geschaffen. Da klassische HKL von (Spät)Aussiedler_innen (ehemalige Sowjetunion, Polen, Rumänien) mittlerweile nicht mehr von osteuropäischen HKL im Allgemeinen zu unterscheiden sind, wurde auf eine Kategorisierung von Aussiedlerländern verzichtet.

** Die Einteilung „divers“ erfolgte in zwei Fällen, da in diesen Kommunen eine ausschließliche Zuordnung auf Basis der drei Kategorien kein adäquates Bild der vergleichsweise heterogenen Bevölkerung ergeben hätte.

Die Vielfalt der zehn Modellkommunen zeigt sich im Hinblick auf alle untersuchten Kontextfaktoren: mit Ausländeranteilen² in der Bevölkerung von 6 Prozent (Burgenlandkreis)³ bis zu 34 Prozent (Berlin-Mitte) (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2020) und sehr ländlichen Landkreisen (Burgenlandkreis, Landkreis Osnabrück) bis hin zu Metropolen (Berlin). Die Klassifikation nach Hauptmigrationstypen ist als Raster zu verstehen, um Unterschiede der Partizipation und Repräsentation auch im Lichte der Zusammensetzung der Bevölkerung mit MH betrachten zu können (siehe Anmerkung unter Tabelle 1).

1.2 *Parlamentarische Repräsentation von Menschen mit Einwanderungsgeschichte und zentrale strukturelle Merkmale*

Die zusammengetragenen Daten zur Repräsentation von Menschen mit Einwanderungsgeschichte, der Amtlichen Statistik und der Wahlstatistik ermöglichen es, zu ergründen, ob systematische Zusammenhänge zwischen verschiedenen strukturellen Merkmalen der Kommunen und der Repräsentation von Menschen mit Einwanderungsgeschichte bestehen. Die parlamentarische Repräsentation wird hier über den jeweiligen Anteil der Ratsmitglieder/Parlamentarier*innen mit Einwanderungsgeschichte bestimmt.⁴ Die vier strukturellen Variablen sind Bevölkerungsdichte (Einwohner*innen pro km² im Jahr 2019),⁵ Ausländeranteil⁶, Anteil der

² Der Ausländeranteil bildet den Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nur teilweise ab, doch leider sind die Anteile der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nur für einige, meist größere Kommunen verfügbar. Die Ausländeranteile korrelieren erfahrungsgemäß jedoch recht hoch mit den Anteilen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (Wüst 2014: Fn. 24).

³ Eigene Berechnung auf Grundlage des Ausländerzentralregisters (Statistisches Bundesamt 2020) und des Statistischen Landesamts Sachsen-Anhalt (www.burgenlandkreis.de/de/statistiken/einwohner-und-flaeche.html, zugegriffen am 21.04.2022).

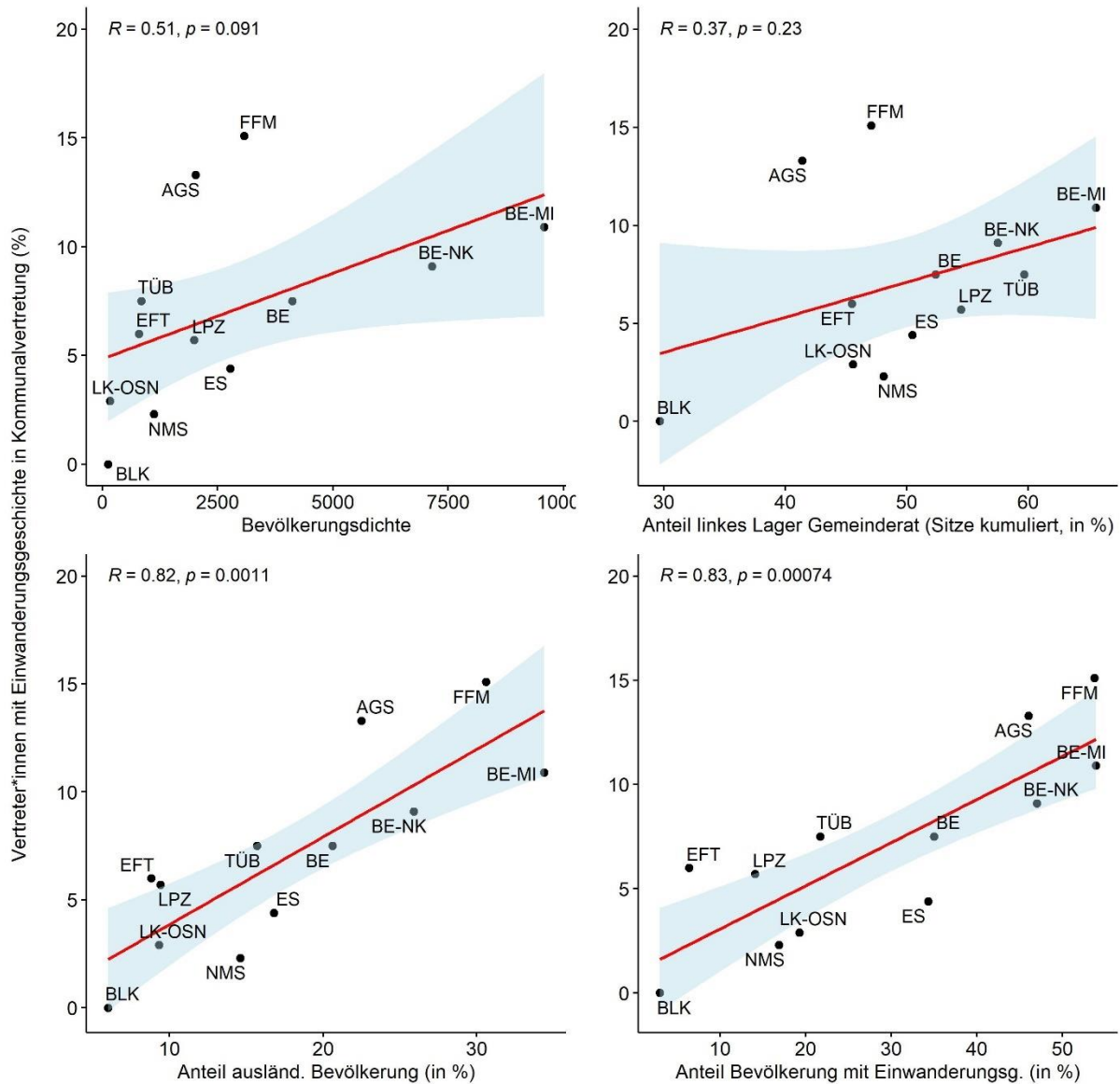
⁴ Die Angaben weisen noch einige Unsicherheiten auf. Sie wurden mittels mehrerer Methoden zusammengetragen: 1. Systematische Prüfung öffentlich zugänglicher Informationen über alle Ratsmitglieder (insbesondere Geburtsort, Angaben in Lebensläufen; sehr lückenhaft) einschließlich intensiver Recherche bei Ratsmitgliedern mit nicht traditionell deutschen Vor- und Nachnamen, 2. Informationen von Kontaktpersonen (Integrationsbeauftragte, Projektverantwortliche) in den jeweiligen Kommunen, 3. Angaben der Fraktionen auf gezielte Nachfrage im Rahmen einer umfassenderen Abfrage in Kommunen und Bundesländern (Rücklaufquote: 43%). Informationen zu fehlenden Angaben sind auf Nachfrage bei den Autor*innen dieses Berichts erhältlich.

⁵ Quelle: Destatis, "Kreisfreie Städte und Landkreise nach Fläche, Bevölkerung und Bevölkerungsdichte am 31.12.2019" (außer BE-Neukölln, BE-Mitte, Tübingen). Für Tübingen: <https://www.statistik-bw.de/BevoelkGebiet/Bevoelkerung/01515020.tab?R=GS416041>; BE-Neukölln u. BE-Mitte: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2020.

⁶ Quelle: Statistisches Bundesamt 2020 (außer Augsburg, Land Berlin, BE-Mitte, BE-Neukölln, Essen, LK-Osnabrück, Tübingen); Für Augsburg: Stadt Augsburg 2020; Land Berlin, BE-Neukölln u. BE-Mitte: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2020; Essen und LK-Osnabrück: Statistisches Bundesamt GENESIS-Online; Tübingen: www.tuebingen.de/Dateien/auslaender_herkunftsland.pdf

Bevölkerung mit Einwanderungsgeschichte⁷ sowie politische Kultur (Stimmenanteile für die Parteien Linke, SPD und Grüne bei den letzten Kommunalwahlen).

Abbildung 1: Parlamentarische Repräsentation von Menschen mit Einwanderungsgeschichte nach strukturellen Merkmalen



Trotz der geringen Zahl von Kommunen (Berlin wurde ergänzend zum Bundesland auch über zwei Bezirke berücksichtigt) zeigen sich die erwarteten Zusammenhänge (Abbildung 1). Am stärksten sind die Zusammenhänge mit den Anteilen der Bevölkerung mit ausländischer

⁷ Quelle: Für Burgenlandkreis, Erfurt, Neumünster, LK Osnabrück, Tübingen: Daten des Zensus 2011 (Datenbank von destatis); Augsburg: Stadt Augsburg 2020 (Melderegister); Berlin, BE-Neukölln, BE-Mitte): Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2020; Essen: Melderegister der Stadt Essen; Frankfurt: Eigene Berechnung auf Grundlage Stadt Frankfurt am Main 2019; Leipzig: www.leipzig.de/jugend-familie-und-soziales/auslaender-und-migranten/migration-und-integration/daten-und-fakten.

Staatsbürgerschaft und mit Einwanderungsgeschichte: Je höher diese Bevölkerungsanteile ausfallen, desto höher sind auch die Anteile von Repräsentant*innen mit Einwanderungsgeschichte in den Kommunalparlamenten. Diese Befunde sind positiv zu bewerten, auch wenn die Zunahme in den Räten nicht proportional zu den migrantischen Bevölkerungsanteilen erfolgt.

Deutlich schwächer fallen die Zusammenhänge mit der Bevölkerungsdichte und der politischen Kultur aus (siehe auch Tabelle 2). Wo die Bevölkerungsdichte größer ausfällt (insbesondere Großstädte) steigt auch die Repräsentanz von Menschen mit Einwanderungsgeschichte, aber es zeigt sich kein einheitliches Bild (Abbildung 1). Auch die Stärke des politisch linken Lagers, deren Parteien programmatisch häufig die Repräsentation politisch unterrepräsentierter Gruppen zum Ziel haben, hängt als einziger Kontextfaktor nicht signifikant mit höheren Anteilen von Repräsentant*innen mit Einwanderungsgeschichte in Kommunalparlamenten zusammen.

Tabelle 2: Korrelationskoeffizienten von parlamentarischer Repräsentation von Menschen mit Einwanderungsgeschichte (EG) und strukturellen Merkmalen (Pearson's r)

	Bevölkerungs- dichte	Ausländeranteil	Anteil Bev. mit EG	Politische Kultur
Anteil Mitglieder mit EG in Kommunal- vertretung	0,51*	0,82***	0,83***	0,37

Anmerkungen: Signifikanzniveaus * $p < 0,10$; ** $p < 0,05$; *** $p < 0,01$.

Pearson's r bezeichnet ein standardisiertes Zusammenhangsmaß im Wertebereich -1 (perfekter negativer Zusammenhang) bis +1 (perfekter positiver Zusammenhang).

1.3 Ergebnisse der Befragung der Integrationsbeauftragten

Zwischen Dezember 2019 und Juni 2020 wurden Interviews mit den Verantwortlichen für Integration in den Kommunen (Integrationsbeauftragte, Sachgebietsleiter*innen etc.) durchgeführt, um die Ausgangslage und die Expertise der Verantwortlichen vor Ort kennenzulernen und bei der weiteren Analyse systematisch berücksichtigen zu können. In neun der zehn teilnehmenden Modellkommunen gelang ein Interview. Keines der Interviews konnte, vor allem aufgrund der Corona-Pandemie, persönlich geführt werden. Acht

Interviews fanden telefonisch statt, in einem Fall wurden die Leitfragen schriftlich beantwortet. Auf direkte Verweise zu einzelnen Kommunen oder Befragten wird verzichtet, auch aufgrund der Bitte einiger Befragter, direkte Verbindungen zu ihren Kommunen nicht herzustellen.

Nach Abschluss sämtlicher Projekte wurden die Verantwortlichen im März 2021 zusätzlich mit Hilfe eines Online-Fragebogens befragt, der zum einen ergänzende Kontextinformationen erhoben hat, zum anderen noch Fragen hinsichtlich Aktivitätsschwerpunkten und wahrgenommener Einflusspotenziale beinhaltete. An der Online-Umfrage haben alle zehn Verantwortlichen in den Kommunen teilgenommen.

Die Verantwortlichen in den Kommunen waren zwischen einigen Monaten und 15 Jahren – im Durchschnitt seit ca. vier Jahren – auf ihrer aktuellen Stelle tätig. Die von ihnen besetzten Stellen bestehen in einigen Kommunen erst seit wenigen Jahren, in den meisten Kommunen allerdings schon zehn Jahre und länger, teilweise mit anderer Bezeichnung, z.B. „Ausländerbeauftragte“. Fast alle der Befragten waren vor ihrer aktuellen Tätigkeit bereits über mehrere Jahre hinweg im Bereich Integration hauptberuflich tätig, zumeist bei freien Trägern, in einigen Fällen auch bei der Stadt oder dem Kreis.

Ausstattung und Unabhängigkeit der Stellen variierten stark. Bis auf zwei Stelleninhaber*innen wurden Haushaltsmittel selbst bewirtschaftet, so dass über finanzielle Mittel bewilligten Umfangs und etwaiger Zweckbindung unmittelbar verfügt werden konnte. Die jeweilige Stellenausstattung variierte zwischen keinem*keiner Mitarbeiter*in und mehreren Dutzend Mitarbeiter*innen. Unter Berücksichtigung der Bevölkerung in der jeweiligen Kommune schwankte die Stellenausstattung zwischen 0 und 4,1 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) pro 100.000 Einwohner*innen. Berücksichtigt man darüber hinaus noch den Anteil der ausländischen Bevölkerung (nur diese Anteile waren über alle Kommunen hinweg vergleichbar), dann variierten die Stellenanteile zwischen 0 und 46,6 VZÄ pro 100.000 Einwohner*innen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit. Dabei hatten die größeren Kommunen eine tendenziell schlechtere Personalausstattung als die kleinen.

Um einen Eindruck über die Hauptzielgruppen der lokalen Integrationsarbeit zu gewinnen, wurde eine Frage nach den größten Migrant*innengruppen gestellt. Die Antworten fielen sehr unterschiedlich aus. Bis auf eine Ausnahme werden diejenigen Herkunftsländer genannt, die rein numerisch die größte Bedeutung vor Ort haben. In einem Gespräch wurde das Konzept der „Superdiversität“ genannt und darauf verwiesen, dass eine Einteilung in Herkunftsländer zumindest im Falle dieser konkreten Kommune wenig zweckdienlich sei.

Mit Blick auf die größten Herausforderungen vor Ort nahm ein Teil der Befragten eine Einschätzung der sozialen Eingebundenheit und Problemlagen nach Herkunftsländern/-regionen vor und nannte etwa mangelnde Deutschkenntnisse bei bestimmten Gruppen, Herausforderungen im Zusammenhang mit EU-Migration oder Clankriminalität. Andere wiederum sahen diese Einschätzung kritisch und verwiesen auf die Wichtigkeit individueller Merkmale, wie etwa Aufenthaltsstatus, Sprachkenntnisse oder Anerkennung von Bildungsabschlüssen unabhängig von bestimmten Herkunftsländern/-regionen.

Hinsichtlich der Vertretung und Beteiligung von Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte in gesellschaftlichen und politischen Gremien wurde die Lage in keinem Fall als zufriedenstellend charakterisiert. In allen Modellkommunen wiesen die Befragten auf Defizite hin, wobei betont wurde, dass es Unterschiede hinsichtlich der Gremien und bezüglich bestimmter Herkunftsländer/-regionen gebe.

Als ursächlich für unterschiedliche Beteiligungs-/Repräsentationsraten wurden (fehlende) Informationen über Beteiligungsmöglichkeiten, Höhe der Beteiligungshürden v.a. bezüglich formaler Gremienarbeit, Aufenthaltsdauer und Staatsbürgerschaftsstatus der jeweiligen Gruppen, Vernetzung der verschiedenen Gruppen, (fehlendes) Engagement einzelner Akteur*innen vor Ort oder, vor allem im ländlichen Bereich, fehlende lokale Strukturen gesehen.

Nach Abschluss aller Projekte haben wir die Verantwortlichen vor Ort nach ihrer Nutzung der zu Beginn der Projekte genannten Möglichkeiten zur Verbesserung der Beteiligungs- und Repräsentationsdefizite, aber auch zu ihrem wahrgenommenen Einflusspotenzial auf eine Verbesserung gezielt gefragt. Dabei zeigt sich, dass das Bereitstellen von Informationen, die

Unterstützung des Engagements einzelner Personen und die Vernetzung der verschiedenen Gruppen von Menschen mit Einwanderungsgeschichte zu den häufigen Tätigkeiten der für Integration Verantwortlichen vor Ort gehören. Auch die Verbesserung der Integrationsstrukturen (einschließlich deren Aufbau) gehört zu den häufigen Aktivitäten. Und bei all diesen Aktivitäten ist der wahrgenommene Einfluss auf Erfolg sehr hoch, am stärksten bei der Bereitstellung von Informationen (Mittelwert 4,7) (Tabelle 3).

Tabelle 3: Nutzung der Aktivitäten zur Beteiligungssteigerung und wahrgenommener Einfluss der Kontaktpersonen vor Ort (N=10)

	Aktivität (Modus auf Basis einer 3er-Skala: nie, einmal im Jahr, mehrmals im Jahr)	Wahrgenommener Einfluss (arithmetisches Mittel auf Basis einer 5er Skala: gar kein (1) bis sehr viel Einfluss (5))
Informationen bereitstellen	Mehrmals im Jahr (10)	4,7
Engagement einzelner unterstützen	Mehrmals im Jahr (10)	3,9
Vernetzung von Migranten-gruppen verbessern	Mehrmals im Jahr (9)	4,2
Integrationsstrukturen vor Ort aufbauen/verbessern	Mehrmals im Jahr (7)	4,0
Hürden für Mitwirkung in Gremien senken	Einmal/Mehrmals im Jahr (je 4)	3,2

Dass ein Fokus auf das Senken von Hürden für die Beteiligung in Gremien vergleichsweise selten ist (Tabelle 3), kann als Hinweis auf das Potenzial verstanden werden, hier durch Impulse mehr zu tun. Nachdruck erfährt dieses Ergebnis durch die Einschätzung der Verantwortlichen vor Ort, diesbezüglich nur vergleichsweise wenig Einflussmöglichkeiten zu haben. Insofern könnten die verschiedenen Ansätze der Projekte im Rahmen von BePart tatsächlich eine Lücke füllen.

In den Interviews berichten sieben der neun Befragten über Erfahrungen der Kommune mit Projektaktivitäten, die schwerpunktmäßig auf die Themen „Repräsentation“ oder

„Partizipation“ abzielen (oft wird hier das Projekt Vote D genannt)⁸. Für zwei Kommunen jedoch scheint dieser Themenkomplex in der Vergangenheit noch nicht bedient worden zu sein (Fokus z.B. eher auf allgemeine Demokratieförderung). Insgesamt lässt sich sagen, dass gerade der Repräsentationsaspekt im Rahmen der lokalen Integrationsarbeit bislang einen vergleichsweise geringen Stellenwert besaß.

1.4 Ergebnisse der Befragungen der Projektverantwortlichen

Zwischen November 2019 und Februar 2021 wurden mit 18 Personen, die für 20 Projekte im Rahmen von BePart verantwortlich waren, leitfadengestützte Interviews durchgeführt, um die Ausgangslage vor Ort, den beruflichen Hintergrund der Verantwortlichen sowie Hintergründe, Ziele und Abläufe der Projekte aus deren Sicht kennenzulernen.

Die Hauptcharakteristika des Engagements der Projektverantwortlichen im Bereich Integration war längeres, zum Teil über zwei Jahrzehnte dauerndes ehrenamtliches Engagement. Die Flüchtlingskrise war in einigen Fällen der Beginn oder bedeutete eine Intensivierung des Engagements. Seit etwa dieser Zeit waren die meisten der Projektverantwortlichen schwerpunktmäßig im Bereich Integration tätig. Nur eine Minderheit arbeitete hauptberuflich in der das jeweilige Projekt leitenden Organisation. Dieses Muster zeigt – insbesondere in den östlichen Bundesländern –, dass es häufig noch um Aufbau von Strukturen im Bereich Integration geht, und dass von einem flächendeckenden Angebot an Institutionen und Akteuren, die sich um die soziale Integration von Zugewanderten kümmern, nicht gesprochen werden kann. Bei einigen Trägern sind im Übrigen ausschließlich Ehrenamtliche und bei anderen hauptberuflich Beschäftigte für die Projektdurchführung zuständig. Dies hat nicht notwendiger Weise Auswirkungen auf die Qualität einer Maßnahme, aber auf die verfügbaren zeitlichen Ressourcen für Planung, Durchführung und Nachbereitung von Maßnahmen.

⁸ Im Rahmen des von Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung koordinierten und durch die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration geförderten Projektes „Vote D“ wurden im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 verschiedene Methoden zur Erhöhung der Wahlbeteiligung von Menschen mit Einwanderungsgeschichte erprobt. Fünf der BePart-Modellkommunen waren bereits am Projekt „Vote D“ beteiligt (Berlin, Essen, Leipzig, Landkreis Osnabrück, Tübingen).

Viele Projektverantwortlichen gaben an, bereits Erfahrungen mit Projekten zu haben, deren Ziel es war, Partizipation und Repräsentation zu fördern. Dies traf allerdings nicht auf die Interviewten in den östlichen Bundesländern zu, die angaben, keine Erfahrungen mit Projekten dieser Art zu haben. Vielmehr wurde auf Projekte und Maßnahmen im Bereich Patenschaftsprogramme, Rechtsberatung oder Hausaufgabenbetreuung verwiesen. Dies ist nicht verwunderlich, da ein hoher Anteil Zugewanderter in den ostdeutschen Kommunen dort erst seit kürzerer Zeit lebt, oft größere Unsicherheiten hinsichtlich der Bleibeperspektive bestehen und die Integrationsarbeit erst im Aufbau begriffen ist.

Bis auf eine befragte Person charakterisierten alle Projektverantwortlichen die Ausgangslage in Bezug auf Partizipation und Repräsentation von Menschen mit Einwanderungsgeschichte als maximal passabel. Insbesondere die Übernahme von Funktionen und Führungspositionen stünde hinter den Möglichkeiten zurück. In einzelnen Fällen wurde jedoch angemerkt, dass sich die Situation im Vergleich zu vor einigen Jahren verbessert habe. Es wurde festgestellt, dass es Unterschiede im Partizipations- und Repräsentationsniveau zwischen Migrant*innengruppen und nach städtischen und ländlichen Räumen gebe: Etablierte und besser organisierte Gruppen wie Türkeistämmige und Gruppen, die in Städten wohnten, könnten höhere Partizipations- und Repräsentationsraten aufweisen als andere Gruppen, vor allem im ländlichen Raum.

Darüber hinaus wurden auch einige Charakteristika angeführt, die Partizipation und Repräsentation erschweren: Personen und Gruppen mit ausgeprägten Sprachdefiziten (teilweise aufgrund der erst kürzlich erfolgten Einwanderung) und ältere Menschen mit Einwanderungsgeschichte. Fortschritte der sozialen und politischen Integration hingen sehr an einzelnen Personen aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich oder auch aus der Verwaltung, die sich engagierten bzw. die an einflussreicher Stelle unterstützten. In einer Kommune wurde angemerkt, dass von einem echten Dialog mit Menschen ohne Einwanderungsgeschichte nicht gesprochen werden könne, dieser jedoch Voraussetzung für Partizipation, etwaige Kandidaturen sowie Ämter oder Mandate sei.

Allerdings wurden die Voraussetzungen für politische Beteiligung und Engagement – vor allem in den Kommunen der alten Bundesrepublik – als recht gut charakterisiert. Das

Grundverständnis für das Bedürfnis der Menschen mit Einwanderungsgeschichte, sich stärker gesellschaftlich und politisch einbringen zu können, sei in den letzten Jahren gewachsen. Einige Kommunalverwaltungen werden – gerade von regionenübergreifend tätigen Projektverantwortlichen – als sehr aktiv beschrieben. Auch die positive Rolle von kommunalen und gesellschaftlichen Gremien wie Migrant*innenbeiräten sowie von Migrant*innenorganisationen wurde angeführt. Wiederholt wird ein proaktives Klima, das neben den Verwaltungen auch durch die Offenheit der Gesellschaft, wie sie beispielweise in Universitätsstädten besteht, als sehr förderlich hervorgehoben. Dem gegenüber scheint die Ausgangslage in den Kommunen der ostdeutschen Flächenländer schwieriger zu sein. In den Interviews entstand der Eindruck, dass es punktuell gute Strukturen und auch einzelne Netzwerke gibt, diese aber noch nicht so etabliert und akzeptiert seien, dass von einer Ausstrahlung in die gesamte Kommune oder in die größten Migrant*innengruppen hinein gesprochen werden könne.

Oft wurde angeführt, dass etliche Gruppen und Personen aufgrund zeitlicher Restriktionen schwieriger zu motivieren und mobilisieren seien, vor allem aufgrund von Erwerbsarbeit, erforderlicher Integrationsleistungen oder, gerade bei Frauen, durch die Wahrnehmung familiärer Aufgaben wie der Kinderbetreuung. Die Relevanz dieser Aspekte unterscheidet sich zum Teil erheblich zu Menschen ohne Einwanderungsgeschichte und müsse bei der Förderung und Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung von Partizipation und Repräsentation berücksichtigt werden.

Von den Projektverantwortlichen in den zehn Modellkommunen wurden ganz unterschiedliche Hindernisse genannt, die die Beteiligung und Repräsentation von Menschen mit Einwanderungsgeschichte vor Ort erschwerten. Ein Grund liege in Zurückhaltung bzw. im geringen Interesse der Verantwortlichen in Politik und Verwaltung vor Ort, die teilweise über die Zurückhaltung der allgemeinen Bevölkerung hinausgehe. Auch die interkulturelle Öffnung sei immer noch nicht überall als notwendiges Instrument, sozio-politische Teilhabe zu verbessern, verankert. Ferner wurde in einem Fall die relativ feste lokale Verankerung rechtsextremer Strukturen problematisiert.

Darüber hinaus berichteten Projektverantwortliche über defizitäre Informationspolitik vor Ort, die auch mit einer Zurückhaltung bei der Bereitstellung von Ressourcen, insbesondere von Räumlichkeiten, einhergehe. Zum vollständigen Bild gehöre aber auch, dass Geflüchtete und ausländische Arbeitnehmer*innen, wie etwa Saisonarbeiter*innen, auch aufgrund unsicherer Bleibeperspektive und Sprachbarrieren, selbst zurückhaltender hinsichtlich eines stärkeren Engagements vor Ort und dementsprechend auch schwerer zu mobilisieren seien. Letzteres trifft vor allem auf Kommunen in den östlichen Bundesländern zu, in denen diese Gruppen (Geflüchtete, ausländische Saisonarbeiter*innen) einen durchweg hohen Anteil unter der Bevölkerung mit Einwanderungsgeschichte ausmachen (siehe auch Tabelle 1). In einigen wenigen Fällen wurde zudem betont, dass bestimmte Migrant*innengruppen relativ schwer zugänglich seien und von diesen auch eine Vernetzung mit anderen Migrant*innengruppen eher kritisch gesehen würde.

Aus Sicht der Projektverantwortlichen in einigen Kommunen hätten Politik und Verwaltung politische Partizipation und Repräsentation bisher vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Dies trifft vor allem auf Kommunen in den östlichen Bundesländern zu; in zwei Kommunen existiert etwa bis heute kein kommunales Gremium für die Interessen der migrantischen Bevölkerung. Die Feststellung eines vergleichsweise geringen Interesses am Thema Partizipation und Repräsentation von Migrant*innen trifft jedoch auch auf eine Stadt in den westlichen Bundesländern zu. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass einerseits dort wo eher grundlegende Integrationsanstrengungen zu leisten sind, sozio-politische Fragen weniger wichtig erscheinen; andererseits diese Fragen möglicherweise ebenso wenig relevant (bzw. nicht mehr so drängend) in Kommunen sind, in denen Vielfalt schon länger als gesellschaftliche Realität anerkannt wird.

Die Mehrheit der Befragten gab jedoch an, dass die Anstrengungen von Politik und Verwaltung zur Erhöhung von Partizipation und Repräsentation vergleichsweise hoch seien. Im Fokus stünde eher das gesellschaftliche Leben und weniger die Politik (was im Übrigen auch auf Kommunen zutrifft, in denen offenbar wenig getan wird). Instrumente sind die gezielte Förderung von Vereinen, Mentoring, und auch die gezielte Unterstützung von weniger gut repräsentierten Teilgruppen wie Frauen, um Empowerment gezielt(er) umsetzen zu können. Darüber hinaus spielt die Institutionalisierung von Dialogformaten, z.B.

der interreligiöse Dialog, eine Rolle bei der Partizipationsförderung. Inwieweit die reine Existenz eines Integrationsrates oder eines Partizipationsgesetzes bereits als Förderinstrument betrachtet werden kann, ist indes diskutabel.

2. Ergebnisse der Begleitung von Veranstaltungen im Rahmen von BePart

Bei 19 Präsenzveranstaltungen und 22 Online-Veranstaltungen in den BePart Modellkommunen wurden die Teilnehmer*innen befragt. Der Fragebogen erhob erstens soziodemographische Merkmale (Geschlecht, Alter, Geburtsland, Schulabschluss, Sprachkenntnisse), zweitens Informationen über den Weg zur Teilnahme an der jeweils besuchten Veranstaltung. Drittens wurden Angaben zu möglichen Erwartungen an die besuchte Veranstaltung erfragt, die viertens nach der Veranstaltung erneut abgefragt wurden.⁹ Schließlich konnten die Teilnehmer*innen eine Bewertung der besuchten Veranstaltung vornehmen und angeben, ob sie die jeweilige Veranstaltung anderen empfehlen würden oder nicht.

Insgesamt wurden innerhalb von knapp 14 Monaten 390 Teilnehmer*innen in 25 Projekten in den Modellkommunen und in ortsübergreifenden Projekten befragt.¹⁰ Von 41 Veranstaltungen liegen Daten von einer*inem bis zu 43 Teilnehmer*innen vor. Bei 16 Veranstaltungen konnten 10 Personen oder mehr befragt werden, bei 8 weiteren zumindest 5. Bei den 19 Präsenzveranstaltungen konnten insgesamt im Durchschnitt deutlich mehr (15) Teilnehmer*innen befragt werden als bei den 22 Online-Veranstaltungen (5).¹¹ Dies hat nicht nur mit dem Veranstaltungsmodus, sondern auch mit geringeren Teilnehmer*innenzahlen bei Online-Veranstaltungen zu tun.

⁹ Bei den Präsenzveranstaltungen wurde dieser Teil tatsächlich erst am Ende der Veranstaltung erhoben. Bei den Online-Veranstaltungen erfolgte die Befragung komplett nach der Veranstaltung, doch zeigen sich trotzdem Unterschiede bei der Beantwortung der inhaltsidentischen Fragen.

¹⁰ Bei 12 Projekten wurde bei mehr als einer Veranstaltung eine Befragung durchgeführt.

¹¹ Zu einer Online-Veranstaltung liegen Antworten auf Papierbögen vor, die nach der Veranstaltung ausgefüllt wurden, da die Zielgruppe nicht internet-affin war (Senioren).

2.1 Zusammensetzung der Teilnehmer*innen und Rekrutierung

Wie Tabelle 4 zeigt, wurden die Veranstaltungen insgesamt mehrheitlich von Frauen besucht (65 %). Dieses Ergebnis entspricht auch den Eindrücken bei der Mehrheit der Veranstaltungen, die besucht wurden. Drei Viertel der Teilnehmer*innen wurden nicht in Deutschland geboren (75 %). Alle Altersgruppen sind vertreten; im Vergleich zur Gesamtbevölkerung sind die Teilnehmer*innen deutlich jünger, knapp ein Drittel ist jünger als 30 Jahre.

Tabelle 4: Soziodemografische Zusammensetzung der Teilnehmer*innen (N=390)

Anteil weiblich	Anteil nicht in D Geborener	Altersgruppen	Sprachkenntnisse (Selbsteinschätzung)	Deutscher Schulabschluss
65 %	75 %	unter 18: 11 % 18 bis 29: 19 % 30 bis 39: 16 % 40 bis 49: 18 % 50 bis 59: 16 % 60 bis 69: 12 % 70 u. älter: 7 %	sehr gut: 38 % gut: 41 % weniger gut: 17 % gar nicht gut: 4 %	ohne Abschluss: 17 % noch in Schule: 10 % Hauptschule: 10 % Realschule: 11 % Gymnasium: 14 % Hochschule: 37 %

Differenz zu 100 %: Fehlende Angaben.

Die Sprachkenntnisse der überwiegenden Zahl der Teilnehmer*innen sind nach eigenen Angaben gut bis sehr gut (79 %). Allerdings gab es auch 81 Teilnehmer*innen, die ihre Sprachkenntnisse als zumindest weniger gut einschätzen (21 %). Daher mag es verständlich sein, dass bei einigen Veranstaltungen streckenweise nur die Sprache des Herkunftslands gesprochen wurde. Eine Veranstaltung, die besucht wurde, schien komplett in der Sprache des Herkunftslands abgehalten worden zu sein, obwohl die deutschen Sprachkenntnisse nach den Eindrücken der Beobachter für eine komplett deutschsprachige Durchführung ausgereicht hätten.

Die meisten Teilnehmer*innen gaben an, einen Hochschulabschluss zu besitzen (37 %), doch nahmen auch 17 % an Veranstaltungen teil, die gleichzeitig angaben, nicht mehr zur Schule zu gehen und keinen in Deutschland erworbenen oder anerkannten Schulabschluss zu besitzen.

Bei einer Differenzierung nach Art der Veranstaltung¹² wird deutlich, dass bei denjenigen Veranstaltungen, die primär informativen Charakter hatten (16), geringere Sprachkenntnisse und leicht unterdurchschnittliche Bildungsgrade angegeben wurden. Bei Veranstaltungen, die vor allem der Weiterbildung dienten (10), waren nicht nur die Sprachkenntnisse deutlich höher und der Grad formaler Bildung, sondern auch der Anteil in Deutschland Geborener (35 %). Die Kombination dieser Aspekte ging mit einem hohen Grad an Interaktivität und einem vergleichsweise hohen inhaltlichen Niveau einher. Aufgrund der unterschiedlichen Veranstaltungsarten, die zum einen stark auf Information und zum anderen der Weiterbildung bzw. -qualifikation dienten, konnten unterschiedliche Gruppen und Personen zur Teilnahme rekrutiert werden.

Wie Tabelle 5 zu entnehmen ist, sind die meisten Teilnehmer*innen nicht selbst auf die jeweilige Veranstaltung aufmerksam geworden, sondern sie wurden darauf aufmerksam gemacht (54 %). Knapp ein Viertel der Teilnehmer*innen wurde sogar ganz direkt gebeten, an der betreffenden Veranstaltung teilzunehmen. Unterscheidet man zwischen Veranstaltungen, die primär Informationen vermittelt haben und solchen der Weiterbildung bzw. -qualifikation, dann konnten die Informationsveranstaltungen etwas mehr Personen außerhalb des inneren Kreises der Veranstalter*innen anziehen. Ein Blick auf sämtliche Veranstaltungen (hier nicht dargestellt) ergibt, dass das in Tabelle 5 dokumentierte Muster dominiert. Nur für die Veranstaltungen dreier Projekte wurden die Teilnehmer*innen mehrheitlich gebeten teilzunehmen, bei zwei Projekten halten sich „aufmerksam gemacht“ und „gebeten teilzunehmen“ die Waage.

Diese Ergebnisse unterstreichen die Bedeutung, die eine unmittelbare Ansprache für die Rekrutierung von Teilnehmer*innen für Veranstaltungen zur Partizipations- und Repräsentationssteigerung hat. Allerdings bedeutet dies ebenso, dass etliche Veranstaltungen eher In-Group-Veranstaltungen waren.

¹² Wir haben die Veranstaltungen auf der Grundlage der Projektbeschreibungen, der teilnehmenden Beobachtungen, der Informationen von Minor und der Coaches vor Ort sowie der Projektdokumentationen in primäre Infoveranstaltungen (hier wurden primär Informationen vermittelt), in Weiterbildungs- bzw. Qualifikationsveranstaltungen (hier ging es ganz gezielt darum, Kompetenzen zu steigern, zumeist unter stärkerer aktiver Beteiligung der Teilnehmenden) und in andere Veranstaltungen (ganz unterschiedlicher Art) unterteilt.

Tabelle 5: Wege zur Teilnahme an den Veranstaltungen (in %)

	selbst aufmerksam geworden	wurde aufmerksam gemacht	wurde gebeten teilzunehmen
Insgesamt (N=390)	19	54	23
Primäre Infoveranstaltung (N=208)	25	58	17
Primär Weiterbildung (N=71)	17	65	16

Zeilenprozentwerte; Differenz zu 100 %: Fehlende Angaben. 111 Teilnehmer*innen haben an Veranstaltungen teilgenommen, die weder als primäre Informations- noch als primäre Weiterbildungsveranstaltungen qualifiziert werden konnte.

2.2 Inhaltliche Bewertung unter Berücksichtigung von Erwartungen

Zu Beginn und am Ende jeder Veranstaltung wurde gefragt, welche Erwartungen mit der Teilnahme verbunden sind bzw. ob der jeweilige inhaltliche Aspekt auf die Veranstaltung zugefallen hat. Die Teilnehmer*innen wurden gebeten, zutreffende Antworten anzukreuzen, wobei mehrere zustimmende Antworten ausdrücklich zugelassen waren.¹³

Dabei zeigt sich, dass zwei Drittel der Teilnehmer*innen die Teilnahme an der Veranstaltung mit der Erwartung verknüpfen, Informationen zum Inhalt der jeweiligen Veranstaltungen zu erhalten. Dies trifft in etwas stärkerem Maß auf Weiterbildungsveranstaltungen (75 %) als auf reine Informationsveranstaltungen (67 %) zu. An zweiter Stelle der Erwartungen stehen „konkrete Hinweise, wie ich mich erfolgreich in eine Organisation oder ein Gremium einbringen kann“. An dritter Stelle rangiert der Wunsch, neue Leute kennenzulernen, wobei diese Erwartung bei den Weiterbildungsveranstaltungen deutlich geringer ausfällt (20 %) als bei den Informationsveranstaltungen (41 %). Sich beteiligen oder einbringen zu können,

¹³ Folgende Antwortmöglichkeiten gab es: (1) Ich möchte informiert werden (bzw. zur Evaluation: Ich bin informiert worden.), (2) Ich möchte konkrete Hinweise erhalten, wie ich mich erfolgreich in eine Organisation oder ein Gremium einbringen kann (bzw. Ich habe konkrete Hinweise erhalten, wie ich mich erfolgreich in eine Organisation oder ein Gremium einbringen kann.), (3) Ich möchte mich beteiligen/einbringen (bzw. Ich habe mich beteiligt/eingebracht.), (4) Ich möchte neue Leute kennenlernen (bzw. Ich habe neue Leute kennengelernt.), (5) Ich möchte nützliche Kontakte knüpfen (bzw. Ich habe nützliche Kontakte geknüpft.), (6) Ich habe keine konkreten Erwartungen.

erwarteten 30 % der Befragten vor Veranstaltungen. Schließlich erwartete gut ein Viertel, nützliche Kontakte knüpfen zu können, und lediglich 8 % gaben an, keine konkreten Erwartungen an die jeweilige Veranstaltung zu haben.

Im Hinblick auf die Angaben am Ende bzw. nach den Veranstaltungen zeigt sich, dass die Veranstaltungen für rund zwei Drittel der Teilnehmer*innen tatsächlich mit einem Informationsgewinn einhergingen; bei den Weiterbildungsveranstaltungen sagten dies sogar über vier Fünftel der Befragten. 42 % der Teilnehmer*innen konnten auch neue Leute kennenlernen, deutlich häufiger bei den vergleichsweise offeneren Informations- als bei den stärker an Voraussetzungen gebundenen Weiterbildungsveranstaltungen. Und auch die Partizipation gelang in einem höheren Maß als erwartet, deutlich häufiger bei den Veranstaltungen zur Weiterbildung bzw. -qualifikation (50 %) als bei den primären Informationsveranstaltungen (36 %). 41 % der Teilnehmer*innen gaben auch an, bei der Veranstaltung „viel gelernt“ zu haben.

Bei den Kategorien „konkrete Hinweise erhalten“ und „nützliche Kontakte geknüpft“ ergeben sich nach Art der Veranstaltung deutlich unterschiedliche Ergebnisse. Während bei den Weiterbildungs- und Qualifikationsveranstaltungen die Zustimmung über den Erwartungen liegt und bei den konkreten Hinweisen mit 52 % auch sehr hoch ausfällt, ist bei den Informationsveranstaltungen das Gegenteil der Fall. Nur gut ein Drittel der Teilnehmer*innen gab an, konkrete Hinweise erhalten zu haben, und lediglich 15 % konnten nützliche Kontakte knüpfen. Offenbar eignete sich diese Veranstaltungsart weniger für die direkte Vernetzung. Weiterbildungsveranstaltungen, die auch als beteiligungsintensiver bewertet werden, erscheinen mit Blick auf dieses Ziel als die geeignetere Veranstaltungsform.

In Tabelle 6 werden die individuellen Erwartungen unmittelbar mit den individuellen Bewertungen verknüpft. Dabei wurde, ausgehend von einer Nennung (+1) oder Nicht-Nennung (0) des jeweiligen Aspekts durch eine befragte Person jeweils verstärkend positiv (+1) oder negativ (-1) gewertet, wenn eine Erwartung aus Sicht dieser Person erfüllt oder nicht erfüllt wurde. Damit kommen Werte von -1 (nicht genannt, obwohl erwartet) über 0

(nicht genannt, aber auch nicht erwartet) und +1 (genannt, aber nicht erwartet) bis +2 (genannt und erwartet) zustande.

Tabelle 6: Inhaltliche Bewertungen unter Berücksichtigung von Erwartungen (Mittelwerte)

	Informiert worden	Konkrete Hinweise erhalten	Konnte mich beteiligen/ einbringen	Neue Leute kennengelernt	Nützliche Kontakte geknüpft
Insgesamt (N=374)	0,96	0,44	0,40	0,53	0,15
Primäre Infoveranstaltung (N=202)	0,91	0,37	0,36	0,58	0,06
Primär Weiterbildung (N=70)	1,46	0,71	0,64	0,34	0,46

Skala von -1 (nicht erfüllt, aber erwartet), 0 (nicht erfüllt, aber auch nicht erwartet), +1 (erfüllt, aber nicht erwartet) bis +2 (erfüllt und erwartet) – bei „viel gelernt“ nur 0 oder 1; Mittelwerte.

Tabelle 6 zeigt, dass die zuvor dargestellten deskriptiven Befunde durch eine intraindividuelle Analyse durchweg bestätigt werden. Vor allem der Informationsgewinn hat den Erwartungen der Teilnehmer*innen an BePart-Veranstaltungen entsprochen. Es gelang auch häufig, die gewünschten neuen Leute kennenzulernen, und in etwas geringerem Maße gab es auch die erwarteten konkreten Hinweise und eine erwartete Beteiligung war möglich. Am schlechtesten war es auch hier um die Erwartung „nützliche Kontakte knüpfen“ bestellt.

Insgesamt betrachtet, gelang die Erfüllung konkreter Erwartungen bei den Veranstaltungen zur Weiterbildung und -qualifikation deutlich besser als bei den primären Informationsveranstaltungen. Dies hat den Beobachtungen zur Folge nicht nur mit der Möglichkeit, sondern auch mit der Fähigkeit zu tun, sich beteiligen zu können. Sprachdefizite auf der einen und Frontalkommunikation auf der anderen Seite haben es bei einigen Infoveranstaltungen erschwert, konkrete(re) Hinweise zu erhalten oder sich auch nur zu beteiligen. Immerhin gelang es bei den primären Infoveranstaltungen in größerem Ausmaß, der Erwartung, neue Leute kennenzulernen, zu entsprechen.

2.3 Mögliche Veranstaltungseffekte und Bewertungen der Teilnehmer*innen

Mit Befragungen der Teilnehmer*innen vor und nach den Veranstaltungen kann auch abgeschätzt werden, ob die jeweilige Veranstaltung das Zutrauen erhöht hat, an einem politischen Gespräch teilzunehmen bzw. ein Amt oder eine Funktion in einem Verein oder einer Organisation zu übernehmen. Diese persönliche Einschätzung, die als politisches Kompetenzbewusstsein bezeichnet werden kann, könnte sowohl Resultat gesellschaftlicher Beteiligung als auch ein maßgeblicher Faktor zur Motivation für eine weitere (politische) Beteiligung sein. Zwar handelt es sich bei den vorliegenden Ergebnissen um Einschätzungen seitens der Teilnehmer*innen unmittelbar nach der jeweils besuchten Veranstaltung. Dennoch macht es einen Unterschied, ob Teilnehmer*innen eine Veranstaltung mit dem Eindruck verlassen, jetzt eher partizipieren oder repräsentieren zu können als zuvor (Empowerment im weitesten Sinn), oder nicht.

Tabelle 7: Größeres Zutrauen, sich an einem politischen Gespräch zu beteiligen oder ein Amt/eine Funktion zu übernehmen als vor der Teilnahme an der Veranstaltung (Auszug, Spalten-%)

		Politisches Gespräch führen		Amt/Funktion in Verein oder Organisation übernehmen
		eher nein (N=86)	nein (N=29)	traue es mir nicht zu (N=73)
vorher (N=Befragte)				
nachher (in %)	ja	33	(7)	18
	nein	67	(93)	82

() Aufgrund der niedrigen Fallzahlen Werte in Klammern.

Wie Tabelle 7 zeigt, gibt es bei Teilnehmer*innen der Veranstaltungen Hinweise darauf, dass der Besuch von Veranstaltungen ihr Zutrauen in eigene Partizipation und Repräsentation erhöht hat. Ein Drittel der Teilnehmer*innen, die sich vor einer Veranstaltung eher nicht zutrauten, an einem politischen Gespräch teilzuhaben, gab nach der Veranstaltung an, dass sie es sich nun zutrauten. Unter den sehr Skeptischen (traue es mir „gar nicht“ zu) wuchs bei

zwei Personen (7 %) die Zuversicht, sich an einem solchen Gespräch beteiligen zu können. Und immerhin 18 % (13 Personen), die sich vor der Veranstaltung nicht zutrauten, ein Amt oder eine Funktion in einem Verein oder einer Organisation zu übernehmen, gaben nach der Veranstaltung an, sich dies nun zuzutrauen. Dies sind zwar überschaubare, aber durchaus vielversprechende intraindividuelle Veränderungen durch die Teilnahme an den BePart-Veranstaltungen.

Zumindest aus Sicht der Teilnehmer*innen waren die Veranstaltungen aller 25 hier berücksichtigten Projekte ein Erfolg. Die Veranstaltungen haben im Durchschnitt 92 % der Teilnehmer*innen gefallen und 91 % würden eine Teilnahme an der besuchten Veranstaltung auch weiterempfehlen. Ob eine Veranstaltung primär informativen oder Weiterbildungscharakter hatte, macht bei der Bewertung keinen Unterschied. Das allgemeine Bild zeigt sich für sämtliche Projekte; es gibt keine Veranstaltung, die mehr als einem Viertel der Teilnehmer*innen nicht gefallen hat. Und jeweils über drei Viertel der Teilnehmer*innen gibt an, die jeweils besuchte Veranstaltung auch weiterzuempfehlen.

2.4 Erfolg aus der Sicht der Teilnehmer*innen nach soziodemografischen und veranstaltungsspezifischen Charakteristika

Die Daten ermöglichen es herauszuarbeiten, inwieweit die Ergebnisse der Befragungen hinsichtlich unterschiedlicher Zielgruppen und Veranstaltungsarten variieren. Aufgrund der Gruppengrößen und insgesamt geringen Unterschiede ist jedoch eine multivariate Analyse nicht angezeigt. Daher werden die Ergebnisse zu fünf Parametern (Grad erfüllter Erwartungen, Gefallen und Weiterempfehlung, gestiegenes Zutrauen in Gesprächsteilnahme und Übernahme von Amt/Funktion) differenziert ausgewiesen (Tabelle 8) und einzeln beschrieben. Es handelt sich bei den Ergebnissen folglich um festgestellte Trends auf der Grundlage größerer Abweichungen.

Zur Berechnung des Grades erfüllter Erwartungen wurde für jeden Einzelaspekt (Tabelle 6) aufsummiert, ob eine Erwartung erfüllt wurde oder nicht. Die Differenz erfüllter abzüglich nicht erfüllter Erwartungen wurde für jeden Befragten durch die Anzahl aller wiederholt abgefragten Aspekte geteilt, so dass sich für den Grad erfüllter Erwartungen theoretisch

Werte von -1 (keine Erwartung erfüllt) bis +1 (alle Erwartungen erfüllt) ergeben. Im Durchschnitt ergibt sich der leicht positive Wert von 0,09.

Hinsichtlich des Geschlechts der Teilnehmer*innen zeigen sich nur wenige Abweichungen vom Durchschnitt. Das Zutrauen, ein Amt oder eine Funktion in einem Verein oder einer Organisation zu übernehmen, ist bei Frauen, die es sich vorher nicht zutrauten, etwas geringer als bei der gleichen Gruppe von Männern. Allerdings wächst das Zutrauen, sich an einem politischen Gespräch zu beteiligen, bei Frauen stärker als bei Männern.

Während sich bei den formal Hochgebildeten (Abitur oder Studium) kaum Abweichungen vom Durchschnitt beobachten lassen, fallen die Ergebnisse bei den formal niedrig Gebildeten (ohne Schulabschluss) durchweg schlechter als im Durchschnitt aus. Besonders das Zutrauen, ein politisches Gespräch zu führen, nahm nur unterdurchschnittlich zu, ebenso wie (wenn auch in geringerem Maße) das Vorhaben, die besuchten Veranstaltungen weiterzuempfehlen. Und auch die Erwartungen an die Veranstaltungen im Vorfeld konnten insgesamt etwas schlechter erfüllt werden.

Wie wichtig gute Sprachkenntnisse für die soziale und politische Teilhabe sind, unterstreicht das Ergebnis der entsprechenden Gruppe von Teilnehmer*innen: Überproportional viele Personen dieser Gruppe gaben an, sich nach der Veranstaltung eher zuzutrauen, ein politisches Gespräch zu führen oder ein Amt bzw. eine Funktion in einem Verein oder einer Organisation zu übernehmen. Dieses Ergebnis spiegelt auch einige Beobachtungen bei Veranstaltungen: Sprachdefizite gingen mit Interaktionsdefiziten einher, die offenbar leichter in Präsenzveranstaltungen mit aktiver Unterstützung (auch: Dolmetschen) kompensiert werden konnten als in Onlineveranstaltungen.

Auch bei den Teilnehmer*innen unter 30 Jahren ist das Zutrauen, ein Gespräch zu führen, überdurchschnittlich gewachsen. Diese Personengruppe zeigt darüber hinaus auch einen höheren Grad an Erfüllung ihrer Erwartungen vor der Veranstaltung (vgl. Kapitel 2.2). Ein Beispiel für einen Projekterfolg bei sehr jungen Teilnehmer*innen ist die Weiterqualifizierung der muslimischen Jugend Osnabrück (MUJOS). Hier ist es gelungen, durch verschiedene Informations-, Diskussions- und Reflexionselemente intern und mit

externen Akteuren (Expert*innen, Parteivertreter*innen) die Kompetenz und das Zutrauen in gesellschaftspolitische Aktivitäten zu steigern. Dies führte sogar dazu, dass einige Jugendliche anfangen, sich auch in anderen Projekten vor Ort zu engagieren.

Bei den über 60-Jährigen konnten die Erwartungen demgegenüber durchweg weniger gut erfüllt werden. Auch das Zutrauen in Beteiligung und Repräsentation scheint in dieser Altersgruppe nicht gewachsen zu sein, auch wenn die geringen Fallzahlen hier keine Trenderaussagen zulassen.

Im Hinblick auf die Veranstaltungsarten und -formen lässt sich feststellen, dass die primären Infoveranstaltungen nicht nur die Erwartungen der Teilnehmer*innen unterdurchschnittlich erfüllt, sondern auch das Zutrauen in eigene Gesprächsteilnahme und Funktionsübernahme weniger gut befördert haben. Den Weiterbildungs- und Qualifizierungsveranstaltungen gelang es, die Erwartungen der Teilnehmer*innen besser zu erfüllen.

Dieses Ergebnis spiegelt sich allerdings nicht in einer höheren Zufriedenheit und nur in einem leicht höheren Anteil an eindeutigen Weiterempfehlungen (77 % bei den Weiterqualifikationsveranstaltungen, 71 % bei den Infoveranstaltungen) der besuchten Veranstaltungen. Dies liegt auch daran, dass die Zufriedenheits- und Weiterempfehlungsanteile insgesamt bei allen Veranstaltungsarten sehr hoch ausfielen.

Schließlich zeigt sich, dass die Online-Veranstaltungen vergleichbar in der Lage waren, Erwartungen der Teilnehmer*innen zu erfüllen bzw. die Erwartungserfüllung insgesamt sogar leicht über dem Durchschnitt aller Veranstaltungen lag.¹⁴

¹⁴ Dies rührt v.a. daher, dass ein höherer Anteil der Online-Veranstaltungen der Weiterbildung diente und diese Veranstaltungsart insgesamt die Erwartungen besser erfüllen konnte (Kompositionseffekt). In diesem Zusammenhang ist auch anzumerken, dass unterschiedliche Erfüllungsgrade der Erwartungen zwischen Präsenz- und Online-Formaten zumindest teilweise auch auf Unterschiede des Erhebungsdesigns (Vorher-Nachher-Bewertungen) des Präsenz- und Online-Fragebogens zurückzuführen sein können.

Tabelle 8: Veranstaltungserfolg aus Sicht der Teilnehmer*innen nach soziodemografischen und veranstaltungsspezifischen Charakteristika

	Grad erfüllter Erwartungen (individuelle, durchschnittliche Differenz; -1 bis +1)	Anteil Veranstaltung gefallen (in %)	Anteil Veranstaltung weiterempfehlen (in %)	Traut sich erst nach Veranstaltung politisches Gespräch zu (in %)	Traut sich erst nach Veranstaltung Repräsentativfunktion zu (in %)
Durchschnittswert	0,09	92	91	26	18
<i>Individuelle Merkmale</i>					
Geschlecht weiblich	0,08	93	91	30	14
Alter < 30 Jahre	0,13	90	89	37	(29)
Alter > 60 Jahre	0,04	93	93	(5)	(0)
Bildung hoch (Abitur, Studium)	0,09	94	93	23	18
Bildung niedrig (ohne Abschluss)	0,06	91	88	19	(13)
Gute Sprachkenntnisse	0,11	92	91	34	24
<i>Veranstaltungsmerkmale</i>					
Primär Infoveranstaltung	0,06	92	93	23	12
Weiterbildungsveranstaltung	0,20	93	92	(42)	(33)
Veranstaltung online	0,13	93	93	(50)	(15)

Werte (in Klammern): N<30; größere Abweichungen von den Durchschnittswerten (ab 0,03 oder 3 Prozentpunkten) sind grün (positiv) und rot (negativ) unterlegt.

2.5 Zusammenfassung der Ergebnisse der Befragung der Teilnehmer*innen

Der Einsatz eines Fragebogens bei Veranstaltungen im Rahmen von BePart ermöglichte es, verschiedene Arten von Veranstaltungen an verschiedenen Orten im Hinblick auf die Zusammensetzung der Teilnehmer*innen, Rekrutierung, Erwartungen und mögliche Effekte der Teilnahme zu analysieren. Aus der Sicht der Teilnehmer*innen an 41 Veranstaltungen im Rahmen von 25 Projekten ergibt sich ein insgesamt positives Bild. Neun von zehn Teilnehmer*innen hat die jeweils besuchte Veranstaltung gefallen und sie würden diese auch weiterempfehlen.

Der detaillierte Blick zeigt, dass die Erwartungen vor bzw. zu Beginn einer Veranstaltung nur teilweise mit den späteren Bewertungen übereinstimmen. Gut funktioniert hat vor allem die Informationsvermittlung (über alle Veranstaltungsarten hinweg), die für die Teilnehmer*innen insgesamt am wichtigsten war. Auch konnten die Teilnehmenden neue Leute bei den Veranstaltungen kennenlernen, selbst wenn dieser Aspekt für die Teilnehmer*innen an Veranstaltungen der Weiterbildung und -qualifikation keine allzu große Bedeutung hatte. Insbesondere bei den Weiterbildungs- und Qualifikationsveranstaltungen erhielten die Teilnehmer*innen viele konkrete Hinweise, wie man sich erfolgreich in eine Organisation oder in ein Gremium einbringen kann. Nach dem Besuch dieser Art von Veranstaltungen wurden auch die Möglichkeiten zur Partizipation als gut charakterisiert. Insgesamt am schwierigsten war das Knüpfen nützlicher Kontakte, insbesondere bei den primär auf Informationsvermittlung fokussierenden Veranstaltungen. Mit Blick auf die Teilnehmer*innen lässt sich feststellen, dass Jüngere ihre Erwartungen durch den Besuch von Veranstaltungen eher erfüllt sahen als Ältere.

Bei denjenigen Teilnehmer*innen von Veranstaltungen im Rahmen von BePart, die sich vorher kaum trautes, sich an einem politischen Gespräch zu beteiligen oder ein Amt bzw. eine Funktion in einem Verein oder einer Organisation zu übernehmen, ist das Zutrauen in diese Fähigkeiten gewachsen. Es waren vor allem junge Teilnehmer*innen, Frauen und Menschen mit guten Sprachkenntnissen, die sich unmittelbar nach dem Besuch einer Veranstaltung eine Gesprächsbeteiligung eher zutrauten als zuvor. Für Teilnehmer*innen

ohne Schulabschluss war das Empowerment jedoch vergleichsweise gering. Ebenso trauten sich Frauen auch nach dem Besuch einer Veranstaltung seltener als Männer zu, ein Amt oder eine Funktion zu übernehmen. Insgesamt erwiesen sich vor allem primäre Informationsveranstaltungen als weniger effektiv im Hinblick auf das Zutrauen, politisch zu partizipieren oder ein Amt bzw. eine Funktion zu übernehmen.

Unstrittig scheint, dass großer Bedarf an der Art von Veranstaltungen besteht, die im Rahmen von BePart angeboten wurden. Trotz Heterogenität der Veranstaltungen und Teilnehmer*innen konnten durch die Befragungen einige Indizien gewonnen werden, die für das Gelingen von Veranstaltungen zur Steigerung der Partizipation und Repräsentation von Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte wichtig sind. Auch unter Berücksichtigung der sehr heterogenen Hinweise der Teilnehmer*innen selbst, die von „perfekt“ über „sehr allgemein“ bis „Verständigungsprobleme“ reichen,¹⁵ erscheint ein passgenauerer Zuschnitt auf mögliche Teilnehmer*innen besonders wichtig. Für einige Gruppen, insbesondere mit geringen Sprachkenntnissen und niedriger formaler Bildung, ist es wichtig und vollkommen ausreichend, grundlegende Informationen zu vermitteln. In solchen Fällen darf jedoch nicht erwartet werden, dass die Teilnehmer*innen bereits in sehr naher Zukunft für ein Gremium kandidieren. Sobald es um Weiterbildung oder Qualifikation insbesondere der 2. oder gar 3. Generation geht, dürften Veranstaltungen mitunter noch anspruchsvoller angelegt werden, damit nicht nur der Sprung in Ämter und Mandate gelingt, sondern diese auch erfolgreich ausgeübt werden können.

Verbessert werden kann auch die Vernetzung im Rahmen (oder im Nachgang) der Veranstaltungen. In den weitgehend unerfüllten Erwartungen auf Vernetzung spiegelt sich auch das Rekrutierungsmuster der Veranstaltungen: Die meisten Teilnehmer*innen wurden über bereits bestehende Netzwerke, Verteiler oder aufgrund privater Kontakte für die Teilnahme an den BePart-Veranstaltungen gewonnen. Dies mag insbesondere bei den Veranstaltungen zur Weiterbildung und Qualifikation Sinn ergeben, aber um mehr Menschen niedrigschwellig zu erreichen, sollten additive Rekrutierungsmechanismen Anwendung finden.

¹⁵ Diese Hinweise wurden über eine offene Antwortkategorie zum Ende des Fragebogens erfasst.

3. Evaluative Analyse

Für eine Bilanz der Begleitung der Projekte im Rahmen von BePart wurden zentrale Informationen auf Projektebene zusammengeführt, um Aussagen über die verschiedenen Projekte nach Projektmerkmalen, strukturellen Aspekten der Institution der Integrationsbeauftragten und lokalem Kontext treffen zu können. In Abbildung 2 wurden die zentralen Ergebnisse zusammengetragen.

Wir gehen davon aus, dass der Erfolg eines Projekts erstens von veranstaltungsspezifischen Parametern (III) abhängt, die sich in die drei Teilaspekte Ziele (III.1), Zielgruppe (III.2) und vor allem aufgrund der Pandemie auch in Realisierung (III.3) differenzieren lassen. Zweitens ist die Institutionalisierung der Integrationspolitik in Form der Integrationsbeauftragten (II) von möglichem Einfluss auf einen Projekterfolg. Grund hierfür ist, dass die Integrationsbeauftragten eine nicht zu unterschätzende Rolle für die Integrationsarbeit vor Ort insgesamt spielen, aber auch bei der Ansprache möglicher Projektverantwortlicher und bei der Projektauswahl im Beirat von BePart gespielt haben. Schließlich könnte, unabhängig von den Integrationsbeauftragten, auch die integrationsspezifische Lage in der Kommune insgesamt (I) von Bedeutung für einen Projekterfolg sein, wobei nur wenige potenzielle Einflussfaktoren vergleichend geprüft werden können.

Den Erfolg eines Projekts haben wir über drei Parameter operationalisiert, die zu einem additiven Erfolgsindex zusammengefasst wurden: 1. Ob aus der Gruppe der Teilnehmer*innen eine Kandidatur für ein gesellschaftlich relevantes Gremium oder bis April 2021 die Wahl in ein solches Gremium erfolgt ist, 2. Wie hoch die Qualität der Veranstaltungen eines Projekts aus unserer Sicht war (Inhalt, Organisation, Interaktionsgrad und Reichweite), 3. Inwieweit die befragten Teilnehmer*innen einer Veranstaltung ihre Erwartungen erfüllt sahen (Vorher-Nachher-Vergleich). Dabei haben wir alle Projekte in die Analyse einbezogen, für die es Angaben zu mindestens zwei Parametern gab; falls ein Parameter fehlte, wurde dieser mit dem Mittelwert (Wert = 1) in die Analyse einbezogen.

Auf Grundlage dieser Analysestrategie können für insgesamt 35 Projekte unterschiedlicher Art Aussagen über ihren Erfolgsgrad getroffen werden.

3.1 Datengrundlage

Die Analyse des Erfolges der 35 Projekte auf Grundlage der genannten veranstaltungsspezifischen Parameter, des Institutionalierungsgrades der Integrationspolitik und des Kontextes der jeweiligen Kommune beruht auf folgenden Datenquellen:

1. den Projektanträgen,
2. zusammengetragenen und erfragten Kontextdaten zu den teilnehmenden Kommunen (s. 1.1 Merkmale der BePart-Kommunen u. 1.2 Parlamentarische Repräsentation von Menschen mit Einwanderungsgeschichte und zentrale strukturelle Merkmale),
3. Befragung der Integrationsbeauftragten (s. 1.3 Ergebnisse der Befragung der Integrationsbeauftragten),
4. Befragung von 18 Projektverantwortlichen, die für insgesamt 20 Projekte Verantwortung trugen (s. 1.4 Ergebnisse der Befragungen der Projektverantwortlichen),
5. Befragung von 390 Teilnehmer*innen an 41 Veranstaltungen von 25 verschiedenen Projekten (s. 2. Ergebnisse der Begleitung von Veranstaltungen im Rahmen von BePart),
6. Teilnehmende Beobachtung im Rahmen der Veranstaltungen von 15 Projekten,
7. Konsultation der Abschlussberichte,
8. Gespräche mit den Coaches¹⁶ vor Ort bzw. den Verantwortlichen von Minor

3.2 Ergebnisse

In Abbildung 2 wurden die Ergebnisse der quantitativen Datenanalyse in Form von Mittelwerten und Korrelationskoeffizienten (Pearson's r) zusammengetragen.¹⁷ Sie sollten als Orientierung für die Konzeption künftiger Maßnahmen dienen. Aufgrund der geringen

¹⁶ In Augsburg, Essen, Frankfurt am Main und Tübingen, den vier BePart-Modellkommunen, die am weitesten entfernt sind von Berlin (Sitz von Minor), wurden vor Ort sogenannte Coaches eingesetzt, die zum Auftrag hatten, die lokalen Projektverantwortlichen zu unterstützen und zu beraten.

¹⁷ Der Korrelationskoeffizient Pearson's r wird für die Darstellung des Zusammenhangs im Falle von metrisch skalierten Einflussvariablen (z.B. Gemeindegröße, Jahre) angegeben; Mittelwerte im Falle von nicht-metrisch skalierten Einflussvariablen (z. B. Geschlecht, Altersgruppen).

Fallzahl (35 Projekte)¹⁸ wurde auf die Ausweisung der Teststatistik (zur Darstellung der statistischen Signifikanz) verzichtet. Die geringe Fallzahl an sich stellt aus unserer Sicht kein Problem für die Analyse dar, da nur deskriptive Analysen (Zusammenhänge und Mittelwertvergleiche) durchgeführt wurden. Verallgemeinerungen über die untersuchten Projekte hinaus sind nicht möglich.

In Abbildung 2 sind die Ergebnisse der Analysen zusammengetragen. Wenn wir zunächst auf die ursprünglichen Projektziele (III.1.1) blicken, dann zeigt sich, dass anspruchsvollere Veranstaltungen, v.a. der Weiterqualifikation, erfolgreicher waren als reine Informationsveranstaltungen. Dieses Ergebnis wird durch die Ergebnisse der Befragung der Teilnehmer*innen im Lichte einer Klassifikation nach Abhaltung jeder Veranstaltung (III.3.1) bestätigt.

Der Durchführungsmodus (III.3.2) konnte entweder Präsenz, online oder eine Kombination aus beiden Modi sein. Hier zeigt sich, dass die Online-Veranstaltungen etwas besser als die Präsenzveranstaltungen abschneiden (dies zeigen auch die Ergebnisse der Befragung der Teilnehmer*innen), doch dass insbesondere die Kombination aus Präsenz und Online mit geringerem Erfolg einherging. Dieses Ergebnis hat auch damit zu tun, dass einige, v.a. Projekte, die über die zwei Projektphasen (siehe Fußnote 18) hinweg stattfanden, aufgrund der Beschränkungen im Verlauf der Covid-19-Pandemie von Präsenz auf online umplanen mussten, was den gemessenen Erfolg leider nicht verbessert hat. Die erfolgreichsten Veranstaltungen waren jene, die – unabhängig vom Modus – so wie geplant realisiert werden konnten (III.3.3). Leicht vorteilhaft für den Erfolg waren offenbar auch vorbereitende Arbeiten, die den Teilnehmer*innen abverlangt wurden (III.3.4).

Ein zentraler inhaltlicher Aspekt neben Projektzielen sind die Zielgruppen von Projekten (III.2). Hier zeigt sich zunächst, dass die Projekte, die sich explizit an Frauen gewandt haben, genauso erfolgreich waren wie die Projekte ohne geschlechtsspezifischen Fokus. Demgegenüber zeigen sich merkliche Unterschiede nach avisiertem Alter (III.2.2). Während

¹⁸ Unter diesen Fällen sind 9 Projekte, die wir phasenübergreifend als ein Projekt behandelt haben. Die Projekte im Untersuchungszeitraum wurden in zwei aufeinanderfolgenden Projektphasen umgesetzt. Wurde bei einem Träger sowohl in der ersten als auch in der zweiten Projektphase ein Projekt umgesetzt, werden diese in der Auswertung zu einem phasenübergreifenden Projekt zusammengefasst.

der Veranstaltungserfolg bei jüngeren Zielgruppen überdurchschnittlich ausfiel, waren Veranstaltungen, die auf ältere Personen abzielten, weniger erfolgreich. Dieses Muster zeigt sich noch etwas ausgeprägter, wenn man als Erfolgsindikator ausschließlich die auf der Grundlage der Umfrage der Teilnehmer*innen ermittelte Erwartungserfüllung heranzieht.

Schließlich haben wir eine Klassifikation der Veranstaltungen und Projekte dahingehend vorgenommen, ob die avisierten Teilnehmer*innen noch eher distanziert zu Gesellschaft und Gremien oder zumindest weniger vertraut mit diesen Gremien waren oder ob sich die Veranstaltung primär an bereits Aktive gerichtet hat, die durch die Veranstaltung ihr Engagement professionalisieren konnten (III.2.4). Ersteres traf vor allem auf gerade Zugewanderte wie etwa Geflüchtete zu, letzteres vor allem auf Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte, aber ohne eigene Migrationserfahrung (zweite oder dritte Generation). Dabei zeigt sich ein interessantes Muster: Veranstaltungen, die auf bisher kaum Involvierte abzielten, waren durchaus (durchschnittlich) erfolgreich, und die Veranstaltungen für „Profis“ waren sogar vergleichsweise sehr erfolgreich. Als unterdurchschnittlich erfolgreich erwiesen sich vor allem Veranstaltungen, die eher auf moderat Interessierte oder Involvierte abzielten. Hier ist es offenbar weniger gut gelungen, die Zielgruppe zu weiterem Engagement zu mobilisieren.

Mit Blick auf die Rolle der Integrationsbeauftragten (II, in Abbildung 2) zeigt sich vor allem, dass die Personalausstattung (II.2)¹⁹ und Projekterfolg nur schwach korrelieren und diese Korrelation, entgegen unserer Erwartungen, negativ ist; das bedeutet, dass eine geringere Personalausstattung sogar mit erfolgreicheren Projekten korreliert. Dies mag darauf zurückzuführen sein, dass einzelne Personen und dabei auch die Integrationsbeauftragten, wie uns Projektverantwortliche in etlichen Interviews sagten, sehr wichtig für die Integrationspolitik vor Ort sind, und diese Bedeutung nicht von der Personalausstattung abhängt. Ferner ist der schwer zu messende Vernetzungsgrad der verschiedenen migrantischen Communities und dem*der Integrationsbeauftragten ein förderlicher Faktor. Hilfreich ist auch eine eigene Mittelbewirtschaftung des*der Integrationsbeauftragten (II.3), weniger eine längere Tradition der Stelle selbst (II.1). Die Integrationsbeauftragten haben nur wenige

¹⁹ Die von den Integrationsbeauftragten angegebenen Vollzeitäquivalente (VZÄ) wurden entsprechend der Einwohnerzahl und dem Anteil der ausländischen Bevölkerung in der Gemeinde gewichtet.

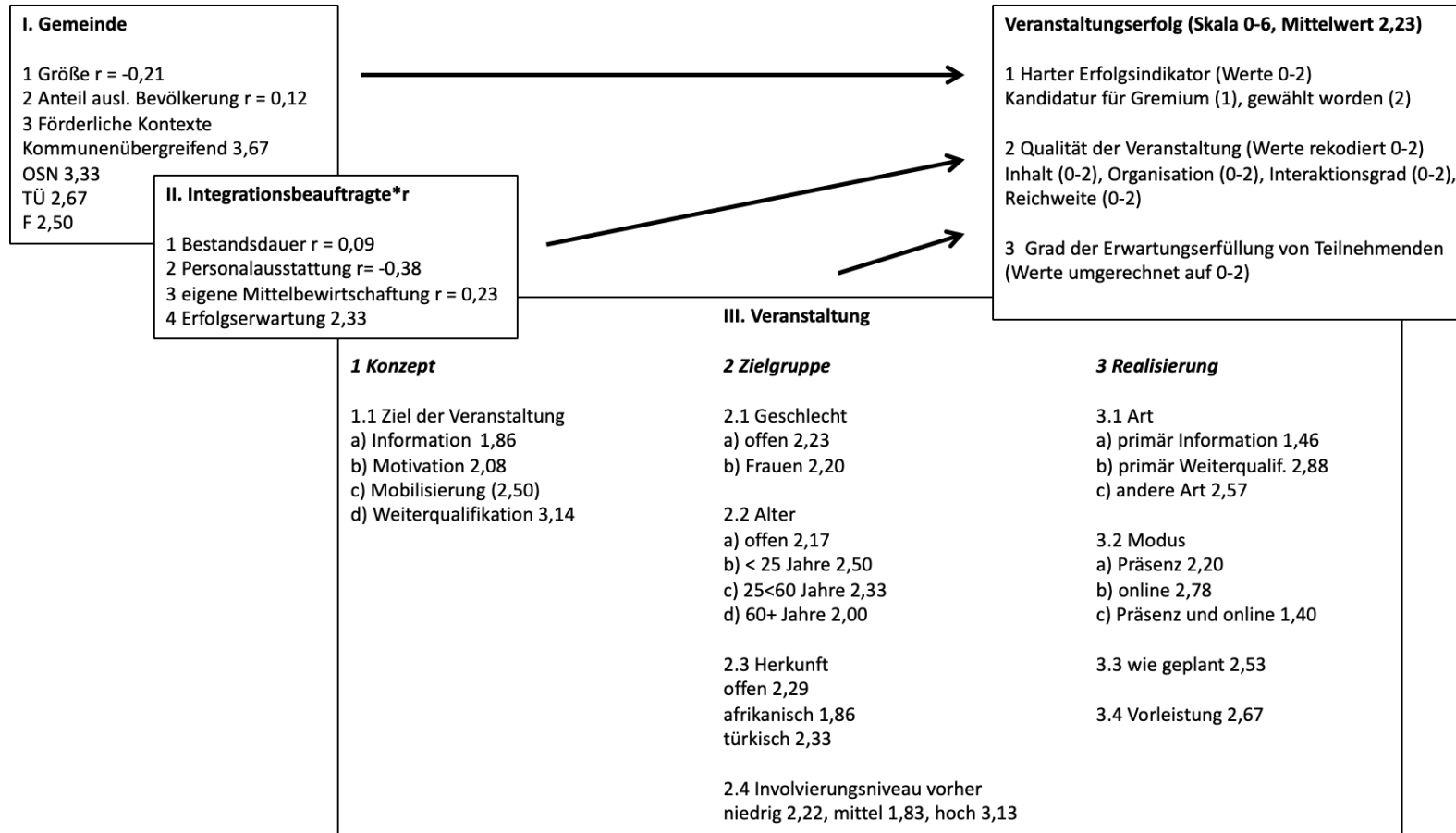
erfolgversprechende Projekte benannt (II.4), doch waren diese (N=5) auch etwas erfolgreicher, und die weniger erfolgversprechenden (N=3) deutlich erfolgloser (Mittelwert 1,40).

Ein abschließender Blick auf den möglichen Einfluss des Kontexts (I, Abbildung 2) ergänzt vor allem die bereits erwähnten Beobachtungen hinsichtlich der Rolle der Integrationsbeauftragten für den Projekterfolg. Während Projekte in größeren Kommunen im Vergleich weniger erfolgreich waren als in kleineren (I.1) und der Anteil der ausländischen Bevölkerung in der Kommune nur schwach mit Projekterfolgen korreliert, zeigen sich einige spezifische förderliche Kontexte (I.3). Am deutlichsten ist der weit überdurchschnittliche Erfolg der kommunenübergreifenden Veranstaltungen, die ausschließlich in der zweiten Projektphase stattfanden. Hier kamen häufig professionelle Inhaltsvermittlung und Organisation, Interaktivität und ein stärkerer Fokus auf Weiterqualifikation bereits engagierter Menschen zusammen. Auch die Bewertung der Veranstaltung durch die Teilnehmer*innen fiel überdurchschnittlich positiv aus.

Wir können auch drei regionale Einheiten identifizieren, die sich durch überdurchschnittlich erfolgreiche Projekte auszeichnen: Landkreis Osnabrück, Tübingen und Frankfurt. Mit Blick auf den Erfolg der BePart-Projekte in diesen drei Kommunen kommen unserer Beobachtung nach allerdings unterschiedliche Faktoren zum Tragen. Während in Frankfurt integrationspolitische Tradition, Unterstützung und Vernetzung durch das Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) vor allem in Vorbereitung auf die zweite Projektphase, ein gewisser Wettbewerb der verschiedenen Organisationen und das Niveau von Angeboten grundsätzlich hoch zu sein scheint (und damit gewisse Parallelen zu den überregional agierenden Projektträgern aufweist), zeichnet sich Tübingen vor allem durch eine sehr engagierte Zivilgesellschaft aus. Der hohe Erfolgswert im Landkreis Osnabrück beruht nach unserem Eindruck neben sehr professionell agierenden Hauptamtlichen auch auf einem für den ländlichen Raum nicht untypischen Vernetzungsgrad relevanter Akteure und Zielgruppen, die Mehrfachengagement und Übergänge zwischen unterschiedlichen Engagementformen zu erleichtern scheinen. Letzteres konnte auch in anderen, vergleichsweise kleinen Kommunen, wie Neumünster oder dem Burgenlandkreis, festgestellt werden.

Abbildung 2: Befunde der quantitativen Datenanalyse

(Mittelwerte und Korrelationen (mit „r =“ gekennzeichnet); Werte in Klammern für $N < 3$, hier $N = 2$)



Zur Erläuterung: Je höher der Korrelationskoeffizient Pearson's r (Wertebereich: -1 bis +1) desto stärker der Zusammenhang zwischen Einflussfaktor und Veranstaltungserfolg. Liegt der für den jeweiligen Einflussfaktor angegebene Mittelwert über dem Mittelwert aller Veranstaltungen (2,23), dann wirkt sich dieser Faktor positiv auf den Erfolg aus; liegt er darunter, dann wirkt sich dieser Faktor negativ auf den Veranstaltungserfolg aus. Beispiel: Die als Weiterqualifikation geplanten Veranstaltungen sind im Durchschnitt erfolgreicher (3,14) als alle Veranstaltungen, unabhängig vom Veranstaltungskonzept (2,23), die als Informationsveranstaltungen geplanten Veranstaltungen sind dagegen weniger erfolgreich (1,86).

Abschließend sei kurz auf Projekte eingegangen, deren Erfolg durch ihre Anlage etwas schlechter mit dem von uns angewandten Instrumentarium fassbar ist. Hierzu gehören zum einen Projekte, die über Medien stark öffentlichkeitsorientiert waren und zum anderen mehrere Versuche, migrantengruppenübergreifende Organisationsstrukturen aufzubauen.

Die auf Medien fokussierenden Projekte (Agit Polska, Neumünster Medien, Wüste Welle) können aus unserer Sicht als erfolgreich charakterisiert werden, da das Ergebnis das Erstellen recht professioneller Produkte mit hoher Reichweite (den Kreis an Adressat*innen betreffend) war und auch die Redakteur*innen eigenen Auskünften zufolge dazugelernt haben sowie einige Akteur*innen mit Einwanderungsgeschichte aus den Projektteams motiviert wurden, entweder professionell(er) im Journalismus weiterzuarbeiten oder sich weitergehend zu engagieren. Insofern können diese hybriden Projekte mit viel Außenwirkung und damit potenziell motivationssteigernd für die Rezipient*innen, aber nur für jeweils kleine Gruppen von „Medienmacher*innen“ unmittelbar förderlich, als lohnenswert charakterisiert werden.

Die Förderung der Vernetzung gestaltete sich als schwieriger. Primär coronabedingt kam es in Augsburg-Lechhausen nicht zur Gründung eines Stadtteilforums, obwohl das Projekt in der ersten Projektphase durchaus erfolversprechend verlief. Allerdings scheint mit Corona auch das Interesse an einem solchen Forum stark nachgelassen zu haben. Online-Reaktivierungsversuche sind gescheitert. Demgegenüber kam es im Burgenlandkreis nach längerer Vorarbeit zur Institutionalisierung des Runden Tisches Weißenfeld, der im Winter 2020/21 mehrfach zusammenkam. Im Lichte der schwierigen Ausgangslage vor Ort ist dies ein beachtlicher Erfolg. Schließlich erfolgten im Landkreis Osnabrück nach gründlicher Vorarbeit wichtige Schritte zur Gründung eines Arbeitskreises Migrant*innenorganisationen, der seine Arbeit jedoch coronabedingt bisher nicht aufnehmen konnte. Durch Kontakthalten der hauptamtlichen Akteure mit den Migrant*innenorganisationen vor Ort scheint die Arbeitsaufnahme des Arbeitskreises im Landkreis Osnabrück jedoch nicht gefährdet. Zumindest erwähnenswert ist, dass durch BePart auch eine bessere Vernetzung der verschiedenen lokalen Akteure des African Network of Germany (TANG) erfolgen konnte.

Insgesamt lässt sich schlussfolgern, dass es aufgrund der langwierigen Gründungsphasen derzeit schwer einschätzbar ist, inwieweit sich diese neuen Organisationsstrukturen und Netzwerke etablieren und erfolgreich arbeiten werden. In mehreren Fällen wurde von Projektverantwortlichen darauf hingewiesen, dass eine weitere Verfolgung der Aktivitäten (nicht nur, aber auch, durch finanzielle Unterstützung) für einen nachhaltigen Aufbau von Strukturen von großer Bedeutung ist.

4. Empfehlungen

Nach 15 Monaten der Begleitung sehr heterogener Projekte, die im Rahmen von BePart in sehr unterschiedlichen Kommunen gefördert wurden, muss zunächst festgehalten werden, dass aufgrund dieser Heterogenität Erfolg oder Misserfolg der Projekte nur zum Teil mit einem projektübergreifenden Instrumentarium gemessen werden konnte. Abhängig von Ausgangslagen, Zielgruppen, Engagement und gewählten Methoden, zeigen sich die Fortschritte auf ganz unterschiedlichen Ebenen. Während in Kommunen ohne lange integrationspolitische Tradition oder hinsichtlich Zielgruppen, die sich noch nicht lange in Deutschland befinden, schon das Erreichen der Zielgruppe, die Vermittlung von Grundinformationen zur politischen Partizipation und Repräsentation oder ein einsetzender Dialog als Erfolg gewertet werden kann, wäre ein solches Ergebnis in multikulturellen Metropolen mit Blick auf hochengagierte „Profis“ der zweiten oder dritten Generation von Menschen mit Einwanderungsgeschichte sicher unbefriedigend.

Das Projekt BePart war mit der Absicht gestartet, vor allem die Repräsentation in gesellschaftlich relevanten Gremien zu erhöhen oder zumindest die Voraussetzungen hierfür deutlich zu verbessern. Für einige Projekte war die Ausgangslage, dieses ambitionierte Ziel auch erreichen zu können, besonders herausfordernd. Dennoch sind trotz vermeintlich unvorteilhafter Ausgangslagen auch in solchen Projekten Erfolge wie z.B. die Wahl zweier Geflüchteter in den Elternbeirat einer Schule in Tübingen (Wanne) oder mehrere Kandidaturen für die Wahl zum Migrantinnenbeirat in Leipzig 2021, zu verzeichnen. Andererseits gibt es auch Projekte, die trotz erfolgversprechender Ausgangslage – auch pandemiebedingt – nur in Ansätzen Erfolge verbuchen konnten wie bspw. eine breite

Organisationsinitiative in Augsburg-Lechhausen oder ein Frauen Cross-Mentoring in Neumünster.

Blickt man auf die Breite der Projekte und die im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung gewonnenen Erkenntnisse, dann können einige vorsichtige Empfehlungen im Hinblick auf künftige Projekte gegeben werden, die ebenfalls zum Ziel haben, die Partizipation und Repräsentation in gesellschaftlich relevanten Gremien zu fördern:

1. Veranstaltungen sollten nicht als reine Informationsveranstaltungen durchgeführt werden, sondern auch motivierende und mobilisierende Elemente beinhalten.

2. Veranstaltungen, die der Weiterqualifikation dienen, sind erfolgversprechend, zielen aber nur auf Menschen mit Vorqualifikation bzw. Engagementerfahrungen.

3. Online-Veranstaltungen sind grundsätzlich geeignete Modi, doch bedürfen sie eines ausreichend hohen technischen Niveaus (der Veranstalter*innen) und entsprechender Vorbereitung.

4. Bei Veranstaltungsart, -modus und der Festlegung von Veranstaltungszeiten sind das Integrations- und Involvierungslevel, Sprachkenntnisse und kulturelle Prägungen zu berücksichtigen.

5. Eine besondere Herausforderung stellt die Zielgruppe älterer Menschen dar. Online-Veranstaltungen erscheinen für diese Zielgruppe besonders herausfordernd.

6. Niedrige formale Bildung und geringe Sprachkenntnisse erschweren eine erfolgreiche Teilnahme, vor allem an Online-Veranstaltungen. Für diese Personengruppen könnte eine gezielte Vorqualifikation sowie die Unterstützung durch muttersprachliche Coaches oder Dolmetscher*innen zielführend sein.

7. Eine enge Kooperation der Projekte mit aktuellen Mitgliedern der anvisierten Gremien können dazu beitragen, Gremien nahbarer zu machen und dadurch Beteiligungshürden, vor

allem im Falle von Zielgruppen, die durch Sprachschwierigkeiten etc. besonders hohe Hürden haben, zu senken.

8. Vorbereitende Arbeiten können den Veranstaltungserfolg erhöhen, doch verlieren Veranstaltungen hierdurch ihren niedrighschwelligen Charakter. Komplexere Vorhaben wie Arbeitsgemeinschaften mehrerer Akteure profitieren von Vorarbeiten.

9. Während In-Group-Werbemaßnahmen für Veranstaltungen mittels persönlicher Ansprache sehr gut funktioniert haben, bedarf die Rekrutierung von Teilnehmer*innen über die bestehenden Netzwerke hinaus erhöhter Anstrengungen. Entsprechende Versuche waren (auch pandemiebedingt) nur mäßig erfolgreich.

10. Professionelle, längerfristig angelegte Integrationsarbeit vor Ort und die Vernetzung von Aktivitätsträgern oder eine überregionale Koordination von Veranstaltungen sind Faktoren, die das Erfolgspotenzial erhöhen.

Schlussbemerkungen

In einer Demokratie ist es maßgeblich, dass sich die Bürger*innen gesellschaftlich und politisch beteiligen dürfen und dies auch tun. Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte beteiligen sich jedoch in geringerem Maße an gesellschaftlichen und politischen Aktivitäten als die Bevölkerung ohne eigener oder familiärer Einwanderungsgeschichte. Vor diesem Hintergrund wurden im Rahmen des Modellprojektes „BePart – Teilhabe beginnt vor Ort!“ Maßnahmen zur Förderung der Teilhabe von Menschen mit Einwanderungsgeschichte an Demokratie und Gesellschaft konzipiert und erprobt.

Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung des Projektes und unter Rückgriff auf verschiedene (Daten-)Quellen haben die Autor*innen dieses Working Papers eine Bewertung des Erfolgs der unterschiedlichen Förderungsansätze vorgenommen und vorsichtige Empfehlungen für zukünftige Projekte, die das Ziel verfolgen, die

gesellschaftliche und politische Beteiligung von Menschen mit Einwanderungsgeschichte zu steigern, gegeben.

Die Auswertung des Kontextes anhand von Daten der amtlichen Statistik, Abfragen von politischen Akteuren in den Modellkommunen sowie Befragungen der Projektverantwortlichen und Integrationsbeauftragten hat sehr heterogene Ausgangslagen in den teilnehmenden Projektkommunen aufgezeigt. Diese lassen sich durch unterschiedliche Zusammensetzungen der jeweiligen Zielbevölkerung (Personen mit Einwanderungsgeschichte) im Hinblick auf Größe, Herkunftsländer und Generationen sowie unterschiedliche kommunale Integrationsstrukturen charakterisieren. Heterogenität spiegelt sich auch in den Herausforderungen für die verschiedenen Projekte im Rahmen von BePart.

Die Analyse der Bewertung der Veranstaltungen durch die Teilnehmer*innen anhand soziodemographischer Faktoren hat nicht nur gezeigt, dass unterschiedliche Gruppen durch die verschiedenen Projekte angesprochen wurden und erreicht werden konnten, sondern auch, dass eine zielgruppengenaue Konzipierung der Projekte notwendig ist (vor allem auch hinsichtlich der Veranstaltungsart).

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass eine Bewertung von Projekterfolgen vor dem Hintergrund der aktuell noch andauernden Ausnahmesituation (Pandemie) erfolgen musste. Einige Projektideen waren insbesondere im Hinblick auf einige Zielgruppen online nur teilweise durchführbar, so dass einige Befunde auch im Lichte diese spezielle Lage zu lesen sind.

Literatur

- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg. 2020. Statistischer Bericht A I 5 – hj 2/19. Einwohnerinnen und Einwohner im Land Berlin am 31. Dezember 2019.
- Berger, Maria, Christian Galonska, und Ruud Koopmans. 2004. "Political Integration by a Detour? Ethnic Communities and Social Capital of Migrants in Berlin." *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 491-507.
- Blätte, Andreas, und Andreas M. Wüst. 2017. "Der migrationsspezifische Einfluss auf parlamentarisches Handeln: Ein Hypothesentest auf der Grundlage von Redebeiträgen der Abgeordneten des Deutschen Bundestags 1996-2013." *Politische Vierteljahresschrift* 58 (2), 205-233.
- Brady, Henry E., Sidney Verba, und Kay Lehman Schlozman. 1995. "Beyond SES: A Resource Model of Political Participation." *The American Political Science Review*, 271-294.
- Dahl, Robert A. 1998. *On democracy*. New Haven: Yale University Press.
- Deiss-Helbig, Elisa. 2021. Vielfältige Parlamente? Die Rolle der Parteien als „gatekeeper to elected office“. <https://regierungsforschung.de/vielfaeltige-parlamente-die-rolle-der-parteien-als-gatekeeper-to-elected-office/> (zugegriffen am 20.04.2022)
- Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit. 2020. *Gemeinsam die Einwanderungsgesellschaft gestalten*. Berlin: Bundeskanzleramt.
- Gay, Claudine. 2002. "Spirals of Trust? The Effect of Descriptive Representation on the Relationship Between Citizens and Their Government." *American Journal of Political Science*, 717-732.
- Glatzer, Wolfgang, und Rabea Krätschmer-Hahn. 2004. *Integration und Partizipation junger Ausländer vor dem Hintergrund ethnischer und kultureller Identifikation: Ergebnisse des Integrationssurveys des BiB (Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, 105c)*. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB).
- Halm, Dirk. 2011. "Bürgerschaftliches Engagement in der Einwanderungsgesellschaft. Bedeutung, Situation und Förderstrategien." *Forschungsjournal Soziale Bewegungen (Engagierte Einwanderer - Chancen und Probleme der Partizipation von Migranten)*, 14-24.
- Herzog, Dietrich. 1975. *Politische Karrieren*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Mayer, Sabrina J., Hamidou, Hayfat, Goerres, Achim. 2020. Der Zusammenhang zwischen nicht- politischer Integration und politischer Teilhabe von Bürger/innen mit Migrationshintergrund, in Pickel, Gert et al. (Hrsg.). Handbuch Integration. Wiesbaden: Springer 2020 (online first).
- Meier-Braun, Karl-Heinz. 2002. Deutschland, Einwanderungsland. Frankfurt: Suhrkamp.
- Müssig, Stephanie. 2020. Politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS.
- Nationaler Aktionsplan Integration. 2011. Herausgegeben von der Bundesregierung. Berlin: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.
- Norris, Pippa (Hrsg.). 1997. Passages to Power. Cambridge: Cambridge University Press.
- Peters, Yvette, und Sander J. Ensik. 2015. „Differential Responsiveness in Europe: The Effects of Preference Difference and Electoral Participation.” *West European Politics* 38 (3), 577-600.
- Phillips, Anne. 1995. *The Politics of Presence*. Oxford: Clarendon Press.
- Rawls, John. 1979. *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt: suhrkamp.
- Roßteutscher, Sigrid. 2009. "Soziale Partizipation und Soziales Kapital." In *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*, hrsg. Viktoria Kaina and Andrea Römmele, 163-180. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schäfer, Armin. 2015. *Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*. Frankfurt am Main: Campus.
- Schlesinger, Torsten, Erik Faß, und Peter Ehnold. 2020. "The relevance of migration background for volunteer engagement in organised sport." *European Journal for Sport and Society*, 1-31 (online first).
- Schlozman, Kay Lehman, Sidney Verba, und Henry E. Brady. 2013. *The unheavenly chorus. Unequal political voice and the broken promise of American democracy*. Princeton/Oxford: Princeton University Press.
- Schmitz, Constanze, und Andreas M. Wüst. 2011. „Was bewegt Politiker mit Migrationshintergrund? Befunde aus deutschen Großstädten.“ *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 42 (4), 822-834.
- Simonson, Julia, Claudia Vogel, und Clemens Tesch-Römer. 2016. *Freiwilliges Engagement in Deutschland: zentrale Ergebnisse des Deutschen Freiwilligensurveys 2014*. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

- Spies, Dennis C., Sabrina J. Mayer, und Achim Goerres. 2020. "What are we missing? Explaining immigrant-origin voter turnout with standard and immigrant-specific theories." *Electoral Studies* 65 (online first).
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). 2020. *Mitten im Spiel – oder nur an der Seitenlinie?* Berlin: SVR.
- Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR). 2021. *Normalfall Diversität? Wie das Einwanderungsland Deutschland mit Diversität umgeht.* Berlin: SVR.
- Stadt Augsburg, Referat Oberbürgermeisterin, Amt für Statistik und Stadtforschung. 2020. *Statistisches Jahrbuch der Stadt Augsburg 2019.*
- . 2020. *Strukturatlas der Stadt Augsburg 2019.*
- Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Bürgeramt, Statistik und Wahlen. 2019. *Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 2019.*
- Statistisches Bundesamt (Destatis). 2020. *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung – Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2019.* Fachserie 1 Reihe 2.
- Verba, Sidney, Kay Lehman Schlozman, und Henry E. Brady. 1995. *Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics.* Cambridge, Massachusetts; London, England: Harvard University Press.
- van Deth, Jan W. 2001. "Studying Political Participation: Towards a Theory of Everything?" *ECPR Joint Sessions of Workshops.* Grenoble.
- Vogel, Claudia, Julia Simonson, und Clemens Tesch-Römer. 2016. "Freiwilliges Engagement und informelle Unterstützungsleistungen von Personen mit Migrationshintergrund." In *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014*, hrsg. Julia Simonson, Claudia Vogel und Clemens Tesch-Römer, 579-613. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA).
- Wüst, Andreas M. 2002. *Wie wählen Neubürger? Politische Einstellungen und Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland.* Opladen: Leske + Budrich.
- . 2011. "Dauerhaft oder temporär? Zur Bedeutung des Migrationshintergrunds für Wahlbeteiligung und Parteiwahl bei der Bundestagswahl 2009." *Politische Vierteljahresschrift*, 157-178.
- . 2014. "Immigration into Politics: Immigrant-origin Candidates and Their Success in the 2013 Bundestag Election." *German Politics and Society* 32 (3), 1-15.

Wüst, Andreas M. und Thorsten Faas. 2018. Politische Einstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung (Empirische Sozialforschung 9).